

## Wieviel Frieden darfs denn sein?

### 50 Jahre Friedensbewegung in sechs Kapiteln

Zur Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Damit ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus. Verfaßt im Jahre 1995, damaliger Erkenntnisstand und weitgehend abgeschrieben aus den damals verfügbaren Broschüren und flott gekürzt.

Im Abschnitt 70er bis 90er Jahre fließen eigene Wahrnehmungen des Autors ein. Die Erarbeitung war Teil eines Projektes der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik im Jahr 1995: *1945 – 1995. 50 Jahre Frieden in Deutschland*.

Der folgende Artikel wurde veröffentlicht in der Broschüre der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - GEW – Landesverband Bayern „Krieg und Frieden“, München 1995. Er war bisher nicht online verfügbar. Der Artikel beruht auf meinem Manuskript von 1995. Abweichungen im folgenden Text gegenüber dem Text in der gedruckten Version sind durch redaktionelle und inhaltliche Bemühungen der Redaktion der GEW erklärbar. Soweit mir die Abweichungen aufgefallen sind, hab ich sie hier erwähnt.

Nochmal durchgesehen im Jahr 2 der Pandemie und mit einigen aktuellen Anmerkungen versehen.

Thomas Rödl, M.A., Seit 1971 Mitglied der Internationale der Kriegsdienstgegner, seither in verschiedenen Funktionen aktiv; 1995 Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik, 2002 bis 2021 Geschäftsführer des Helmut-Michael-Vogel Bildungswerkes der DFG-VK Bayern.

(zu meiner Person und Hintergrund: [http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/2012\\_01\\_18-08InterviewTTR.pdf](http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/2012_01_18-08InterviewTTR.pdf) )

-----

Wir bitten um Quellenangabe, falls Sie die Texte verwenden oder verlinken. Sie können die Texte benutzen unter den Bedingungen: Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0) <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>

---

## Die 50er Jahre: Ost-West-Konfrontation

Schon in der Schlussphase des zweiten Weltkrieges deutete sich die künftige Konfrontation zwischen Ost und West an. Führende Politiker im Westen (Truman, Churchill) betrachteten die Sowjetunion als künftigen Hauptgegner. Bereits der Einsatz der US-amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki war nicht nur ein Test dieser neuen Massenvernichtungswaffe, sondern auch ein Drohsignal an die Sowjetunion.

Die Sowjetunion hatte in der Schlussphase des zweiten Weltkrieges Osteuropa von der Naziherrschaft befreit und war dort militärisch präsent. Teile Polens, der CSR und Rumäniens wurden annektiert. Bis 1948 wurden alle Staaten im westlichen Vorfeld der Sowjetunion "sowjetisiert". Bereits vorher hatte es in all diesen Staaten kommunistische Parteien gegeben, die unterschiedlich einflussreich waren. In den Nachkriegsjahren nun wurden "Volksfront"- und "Einheitsparteien" gebildet. Es wurden teils mit parlamentarischen Methoden, teils durch Putsch "Volksdemokratien" eingerichtet und die politische Opposition ausgeschaltet. Im Westen wurde diese Ausweitung des sowjetischen Macht- und Einflussbereiches als Beleg für die Absicht zur Eroberung der "Weltherrschaft" betrachtet. Die USA wollten lieber in ganz Europa bürgerlich-liberale Staaten. Sie vertraten das Modell der "einer Welt" (one world) mit freiem Handel. Dies sollte vor allem amerikanischen Konzernen ermöglichen, weltweit zu investieren und überallhin zu exportieren. Eingrenzung (containment) und Zurückdrängen (roll back) des Kommunismus war daher die politische Zielsetzung der USA.

Bereits 1947 war von einem kalten Krieg zwischen Ost und West die Rede. Der US-Präsident Truman sprach von der "freien Welt" auf der einen und "autoritären totalitären Regimen" auf der anderen Seite. Die kommunistische Partei der Sowjetunion teilte die Welt in das "imperialistische und antidemokratische Lager" (die westliche Welt) einerseits und das "antiimperialistische und demokratische Lager" (der eigene Einflussbereich) andererseits.

Der Gegensatz zwischen Ost und West prägte auch die Deutschlandpolitik der Siegermächte des 2. Weltkriegs. Die Wiederaufrüstung war eine logische Konsequenz der Westintegration. "Die neue Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen", so Rudolf Augstein in seiner "Bilanz der Bundesrepublik". (Albrecht, S.14))

### **Die Wiederaufrüstung in Westdeutschland**

1945 beschlossen die Siegermächte, Deutschland in vier Besatzungszonen einzuteilen und mit Hilfe eines Kontrollrates gemeinsam zu verwalten. Deutschland sollte entnazifiziert, demokratisiert und entmilitarisiert und die Rüstungsindustrie abgebaut werden. Alle deutschen Streitkräfte, alle militärischen und paramilitärischen Organisationen wurden aufgelöst, die Rüstungsproduktion verboten. Bald schon aber verhinderte der Konflikt zwischen den westlichen Siegermächten und der Sowjetunion ein gemeinsames Vorgehen in der Deutschlandpolitik. Im Juni 1948 wurde in den drei Westzonen unter amerikanischer, britischer und französischer Besatzungshoheit eine einseitige Währungsreform durchgeführt. Daraufhin blockierte die Sowjetunion die Zufahrtswege nach Berlin. Die Versorgung Westberlins wurde über Monate mit Hilfe einer Luftbrücke durch die drei Westalliierten aufrechterhalten. Die "Berlin-Blockade" gab dem Antikommunismus im Westen Nahrung und beschleunigte die Diskussion über eine Aufrüstung Westdeutschlands.

Überlegungen über einen deutschen Beitrag gegen die "Gefahr aus dem Osten" gab es in Kreisen deutscher, britischer und amerikanischer Militärs allerdings schon vorher. Frankreich war diejenige Siegermacht, die diesen Ideen am meisten Widerstand entgegensetzte.

Ende 1948 bereits beauftragte der spätere erste Bundeskanzler Westdeutschlands, Konrad Adenauer, den ehemaligen Wehrmachtsgeneral Speidel, Vorschläge für einen deutschen Verteidigungsbeitrag auszuarbeiten. Gleichzeitig aber bestritt Adenauer öffentlich strikt die Möglichkeit einer Wiederbewaffnung.

Im September 1949 wurde Adenauer zum Bundeskanzler gewählt. Im November 1949 unterzeichnete er für die Bundesregierung das Petersberger Abkommen, in dem es heißt: "Die Bundesregierung erklärt ferner ihre feste Entschlossenheit... , mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern." (Wasmuht, S. 51)

Anfang 1950 wurde die Aufstellung einer "kasernierten Volkspolizei" in der DDR bekannt. Adenauer sprach in diesem Zusammenhang von 150.000 Mann, die Westalliierten nur von 50.000 Mann. Gleichzeitig stellte Adenauer die Zahl der sowjetischen Truppen in der DDR absichtlich überhöht dar. (Albrecht, S. 29)

Ab Juni 1950 wurde schließlich öffentlich für die Wiederaufrüstung geworben. Auslöser dafür war der Beginn des Koreakrieges. Er wurde und wird im Westen als Überfall des kommunistischen Nordkorea wahrgenommen. (Horowitz, Kalter Krieg) Schon im August 1950 überreichte Bundeskanzler Adenauer den Alliierten (den westlichen!) ein Memorandum, in dem ein westdeutscher Verteidigungsbeitrag angeboten wurde. Die Minister des Bundeskabinetts erfuhren aus der Zeitung von dem Angebot. Der damalige Innenminister und spätere Bundespräsident Gustav Heinemann trat aus Protest zurück.

Hinter Adenauers Vorantreiben der Wiederaufrüstung stand nicht zuletzt die Vorstellung, nur ein bewaffneter Staat sei ein Staat von Bedeutung. "Wenn man keine Kraft besitzt, kann man keine Politik machen. Ohne Kraft wird unser Wort nicht beachtet", so Adenauer. (Albrecht, S. 27)

Die Angebote der sowjetischen Regierung („Stalin-Note“), ein neutrales, aber wiedervereinigtes Deutschland zu schaffen, wurden nicht ernst genommen. (Quelle?)

Noch im Jahre 1950 wurde bei der Bundesregierung das nach seinem Chef benannte "Amt Blank" eingerichtet. Seine Aufgabe war die organisatorische Vorbereitung der Aufrüstung, lange bevor die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen wurde. Aus dem "Amt Blank" ging später das Verteidigungsministerium hervor. Nach der Bundestagswahl von 1953 verfügte die Regierungskoalition über die Zweidrittelmehrheit im Bundestag. So konnte sie 1954 und 1956 die notwendigen Veränderungen des Grundgesetzes für die Aufstellung der Bundeswehr und die Wiedereinführung der Wehrpflicht beschließen.

Die Bundeswehr wurde von Anfang an als Teil einer "europäischen Verteidigungsgemeinschaft" bzw. später als Teil der NATO konzipiert. Damit war die Kontrolle der westlichen Alliierten über die neue deutsche

Militärmacht garantiert. Diese Kontrollmöglichkeit war unabdingbar, um Bedenken wegen der Wiederaufrüstung Westdeutschlands im eigenen Lande und im westlichen Ausland zu zerstreuen.

### **Die Ohne mich-Stimmung**

Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg waren viele Deutsche mit den Siegermächten einer Meinung: Es sollte nie wieder eine deutsche Armee geben. Selbst der spätere bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß äußerte im Wahlkampf für den ersten deutschen Bundestag: "Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen."

Als die Pläne zur Wiederbewaffnung in die westdeutsche Öffentlichkeit durchsickerten, entstand aus der starken oppositionellen Stimmung gegen die Wiederbewaffnungsabsichten die "Ohne-mich-Bewegung". Es handelte sich aber um keine organisierte Bewegung, die mit koordinierten und organisierten Aktivitäten die Öffentlichkeit beeinflussen wollte. Es war eher eine Volksbewegung des passiven Widerstandes. Dieser Widerstand wurden von unterschiedlichen Motiven bestimmt. Viele lehnten die Wiederaufrüstung aus einem verletzten Ehrgefühl über die Niederlage der Wehrmacht ab. Andere wollten ihren Kopf nicht für die Politik der Westmächte hinhalten, die ja vor kurzem noch die Feinde gewesen waren. (Igar keine pazifistischen oder antimilitaristischen Motive?)

Das Meinungsforschungsinstitut Emnid nahm Ende 1950 an, dass 40 bis 50% gegen eine westdeutsche Beteiligung an europäischen Streitkräften gestimmt hätten. (Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 4)

### **Die Volksbefragungsbewegung**

Aus der "Ohne-mich"-Stimmung wuchs aber auch aktiver politischer Widerstand. Im Oktober 1950 regte der damalige Präsident der hessischen evangelischen Kirche, Martin Niemöller, später Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, in einem offenen Brief an Adenauer eine Volksbefragung an. Diese Forderung wurde zunächst von pazifistischen Organisationen, später von der KPD und Teilen der SPD sowie der Gewerkschaften unterstützt. Nach anfänglichen Erfolgen, v.a. Abstimmungen in den Betrieben, distanzierte sich der DGB von der Idee der Volksbefragung. SPD und FDP distanzieren sich ebenfalls und forderten Neuwahlen.

Das Bundesinnenministerium erließ ein Verbot der Volksbefragung. Sie wurde illegal trotzdem durchgeführt. "Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?" Von 6.267.302 befragten BürgerInnen sprachen sich 5.917.683 gegen die Wiederaufrüstung aus. Polizei und Justiz gingen mit über 7.000 Verhaftungen und über 1.000 Gerichtsverfahren massiv gegen die Befragungsaktion vor. (Wasmuht, S. 55)

Mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Mai 1952 wurden vollendete Tatsachen geschaffen. Die Volksbefragung wurde dadurch hinfällig.

### **Kirchliche Opposition**

Die Volksbefragung wurde - nicht zuletzt, da die anderen Parteien sich davon distanzieren - als Sache der Kommunisten betrachtet. Aber es zeigte sich auch in anderen gesellschaftlichen Gruppen Widerstand gegen die Wiederbewaffnung. Viele evangelische Christen protestierten. Ihr prominentester Vertreter war der bereits erwähnte hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller als Sprecher der "bekenntenen Kirche", der antinationalsozialistischen kirchlichen Widerstandsgruppe. Es gab jedoch keinen einheitlichen Widerstand der evangelischen Kirche. Die Mehrheit der Kirchenführung folgte der Politik der CDU. (Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 7)

### **Andere Oppositionsbewegungen**

Im März 1951 versammelten sich Vertreter von 35 pazifistischen, national-, rechtsorientierten und neutralistischen Organisationen zu einem "Deutschen Kongress" gegen die Wiederaufrüstung. Sie konnten sich aber nicht auf ein gemeinsames politisches Konzept einigen.

Ende 1951 wurde die "Notgemeinschaft für den Frieden Europas" auf Initiative des zurückgetretenen Innenministers Gustav Heinemann und der Zentrumsvorsitzenden Helene Wessel gegründet. Die Notgemeinschaft wollte eine Organisation für alle sein, die gegen die Wiederaufrüstung opponieren, aber sich nicht an kommunistischen Aktionen beteiligen wollten. SPD und FDP beschlossen bereits im Frühjahr 1952 die Unvereinbarkeit zwischen Mitgliedschaft in der Notgemeinschaft und ihrer (jeweiligen) Partei. Obwohl die "Notgemeinschaft" sich von der KPD distanzierte, wurde sie als kommunistische Organisation diffamiert. Sie startete zunächst eine Kampagne für eine Petition an den Bundestag gegen die Wiederaufrüstung. Ende 1952 entstand aus der "Notgemeinschaft" die Gesamtdeutsche Volkspartei, die sich für die Bundestagswahlen 1953 mit dem "Bund der Deutschen" verbündete, der ebenfalls die Aufrüstung ablehnte. Bei der Wahl erhielt das Bündnis aber nur 1,1% der Zweitstimmen. Aus studentischen Kreisen und mit Unterstützung des evangelischen Pfarrers Mochalski (ebenfalls Mitglied der bekennenden Kirche) entstanden die "Darmstädter Aktionsgruppen". Sie riefen 1952 zusammen mit einer Reihe von Jugendverbänden zu einer "Friedenskarawane der Jugend" nach Essen auf. Aus ganz Deutschland kamen im Mai 1952 ca. 30.000 Menschen nach Essen zu einer Kundgebung, die kurzfristig verboten worden war. Die Polizei ging zur Räumung brutal vor. Der Münchener Arbeiter Philipp Müller wurde erschossen, andere schwer verletzt. (Quelle?)

### **Die Paulskirchenbewegung**

Im August 1954 scheiterte der Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft an der Ablehnung durch die französische Nationalversammlung. Sofort danach wurde die Aufnahme der BRD in die NATO (!durch wen?) vorbereitet. Der Bundestag sollte (!nach wessen Willen?) 1955 das Grundgesetz ändern, um die Aufstellung der Bundeswehr zu ermöglichen. Um diese parlamentarischen Vorgänge zu beeinflussen, wurden von SPD und DGB eine Reihe von Aktivitäten organisiert, die von fast allen Teilen der Opposition gegen die Wiederbewaffnung unterstützt wurden. Die Vorsitzenden von DGB, SPD und der Theologe Helmut Gollwitzer und andere luden für den Januar 1955 zu einer großen Kundgebung in die Frankfurter Paulskirche ein. Das Motto lautete: "Rettet Einheit, Frieden und Freiheit! Gegen Kommunismus und Nationalismus!"

Die über 1.000 Teilnehmer der Versammlung verabschiedeten das sogenannte "Deutsche Manifest". Darin hieß es unter anderem: "Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muss die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken... Wir appellieren an Bundestag und Bundesregierung, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, damit die vier Besatzungsmächte dem Willen unseres Volkes zur Einheit Rechnung tragen... Das deutsche Volk hat ein Recht auf seine Wiedervereinigung." Es gab einige Tausende von Veranstaltungen zur Verbreitung und Hunderttausende von Unterschriften unter dieses Manifest. Der Bundestag stimmte im Februar 1955 mit großer Mehrheit für die Pariser Verträge (Aufnahme in die NATO etc. [https://de.wikipedia.org/wiki/Pariser\\_Vertr%C3%A4ge](https://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Vertr%C3%A4ge) ). Damit war die Paulskirchenbewegung auch schon wieder vorbei.

### **Das Ergebnis**

Die Opposition gegen die Wiederbewaffnung hatte ihr Ziel nicht erreicht. Ausschlaggebend waren sicherlich die oben skizzierte Veränderung der Lage in Europa, und die bewusst geschürte antikommunistische Stimmung. Meinungsbildende gesellschaftliche Gruppierungen, wie z.B. Kirchen und Gewerkschaftsführung, lehnten zwar Adenauers Politik der Wiederbewaffnung ab, waren aber nicht generell gegen einen deutschen Wehrbeitrag eingestellt.

Zudem war die Opposition gegen die Wiederbewaffnung keine einheitliche Bewegung, sondern zersplittert. Unterschiedliche Gruppen distanzieren sich voneinander oder bekämpften sich. Insbesondere wollte die SPD lieber eine staatstragende Volkspartei werden und die freie Marktwirtschaft unterstützen als mit der KPD zusammenarbeiten.

Mitte der 50er Jahre schließlich wurde die Remilitarisierung als Preis des Wohlstandes betrachtet, den man (auch) als Verdienst der Regierung Adenauer ansah. Das behauptet z.B. Martin Niemöller „Ich glaube, für den vollen Brotkorb hat unser Volk auch die Bundeswehr in Kauf genommen und alles, was dazu gehört,

einfach weil es meinte, dass es auf andere, billigere Weise sein Wirtschaftswunder nicht behalten könnte.“ (Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 10)

Aber trotzdem: Der Widerstand gegen die Remilitarisierung war so deutlich, dass die Politiker der Wiederaufrüstung sich nicht einer Volksabstimmung bzw. einem Volksentscheid aussetzen wollten. Es gab keinerlei Euphorie für die Wiederaufrüstung.

Dazu Adenauer selbst: "Trotz aller Anstrengungen der Bundesregierung und der Koalitionsparteien blieb der Gedanke der Leistung eines Beitrags und der Übernahme von Verpflichtungen zur Verteidigung Europas im deutschen Volke sehr unpopulär, und zwar aufgrund der Agitation der kommunistischen Partei und der sozialdemokratischen Partei, aufgrund von Rundfunkkommentatoren und Zeitungsäußerungen, auch von angeblich neutralen Blättern." (Albrecht, S. 40)

Es hatte sich gezeigt, dass es in der deutschen Bevölkerung ein deutliches antimilitaristisches Potential gab, das sich auch zu Wort melden wollte und konnte. Die Basis für neue Friedensbewegungen war geschaffen.

## **Atomwaffen für die Bundeswehr**

Die USA hielten nur einige Jahre das Monopol an den Atomwaffen. Seit 1949 verfügte auch die Sowjetunion über die Atombombe (Kernspaltungsbombe). Ab 1953 hatten die USA und ein Jahr später die Sowjetunion die Wasserstoffbombe (Kernfusionsbombe).

Der in den 50er Jahren beginnende Atomwaffen-Rüstungswettlauf, der teuerste der Menschheitsgeschichte, war zunächst ein quantitatives und qualitatives Nachrüsten der Sowjetunion. Als auf beiden Seiten schließlich genügend Atomraketen produziert worden waren, wurde im Laufe der 60er Jahre absehbar, dass die beiden Großmächte sich gegenseitig mit ihren Atomwaffen vernichten können - und das auch nach der eigenen Zerstörung mit einem "Vergeltungsschlag". Damit war allerdings eine Patt-Situation erreicht: Die Atomwaffen konnten nicht mehr eingesetzt werden, ohne die Selbstvernichtung zu riskieren.

Schon Mitte der 50er Jahre gab es Überlegungen, die US-amerikanische Strategie der "massiven Vergeltung" durch eine Strategie der "flexiblen Antwort" zu ersetzen. Ab 1967 wurde dies die offizielle Strategie der NATO. Inzwischen wurden aufgrund technischen Fortschritts Atombomben soweit verkleinert, dass sie schließlich auch mit herkömmlichen Geschützen verschossen werden konnten. Diese "kleinen", "taktischen" Atomwaffen sollten auf dem Gefechtsfeld, d.h. in einem Krieg in Mitteleuropa eingesetzt werden, wenn wegen der angenommenen Überlegenheit des Warschauer Paktes (!Überlegenheit in welcher Waffen- oder Mannschaftskategorie?) die herkömmlichen Waffen zur Verteidigung nicht mehr ausreichten. (Wasmuth, S. 59 f) Da aber Atomwaffen für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld Mitteleuropa vorgesehen waren, mussten sie dort auch stationiert werden.

In den Jahren 1956 und 1957 schlugen die USA folgendes Modell der Atombewaffnung Europas vor: Die USA lagern Atomsprenköpfe in Europa und stellen sie im Kriegsfall den Verbündeten zur Verfügung. Die Trägermittel für diese Sprengköpfe (Flugzeuge, Kurzstreckenraketen) sollten die europäischen NATO-Staaten selbst übernehmen.

Die BRD hatte bereits 1954 auf die Herstellung von Massenvernichtungswaffen, vor allem Kernwaffen, verzichtet und sich einer Rüstungskontrolle im Rahmen des Vertrages über die Westeuropäische Union unterworfen. Diese Verzichtserklärung wurde von Adenauer selbst als eine seiner einsamen Entscheidungen dargestellt. Dieser Verzicht dürfte aber die Voraussetzung gewesen sein, dass Bestrebungen der BRD nach Mitbestimmung und Mitwirkung beim Einsatz von Atomwaffen bündnispolitisch durchsetzbar waren. Unabhängig davon wurde und wird bis in die Gegenwart in bestimmten konservativen Kreisen die Verfügung über Atomwaffen als nationales Eigeninteresse und als Ausdruck der staatlichen Souveränität betrachtet. Diese Auffassung wurde von konservativen Politikern im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages im Jahre 1969, aber auch später noch, immer wieder geäußert. Verteidigungsminister Franz Josef Strauß meinte im Februar 1957, "dass die atomare Bewaffnung in allen europäischen Heeren kommen werde, gleichgültig, ob die Amerikaner dafür oder dagegen seien." (Quelle?)

Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre gab es Bemühungen, nicht zuletzt von Verteidigungsminister Strauß, in Kooperation mit Frankreich oder im Rahmen einer Europäischen Atomstreitmacht (MLF = Multilateral Force) weitergehende Verfügung über Atomwaffen zu erlangen.

### **Die Politik der CDU/CSU-Bundesregierung**

Die Bundesregierung verfolgte das Ziel, die Atombewaffnung nach dem von den USA vorgeschlagenen Modell einzuführen. Diese Politik stieß auf heftigen Widerstand. Adenauer im April 1957: "Unterscheiden Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen. Die taktischen Waffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie. Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, dass unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung die neueste Entwicklung mitmachen."

Nach der Bundestagswahl vom September 1957 verfügte die CDU über die absolute Mehrheit im Parlament und hatte also alle Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Politik. Dennoch war sie bis zur Abstimmung über die Atombewaffnung im März 1958 zu einem riesigen Aufwand an Propaganda genötigt, um ihre eigene Haltung zu legitimieren und ihre Gegner als "Moskaus Handlanger" zu diffamieren.

Ab Anfang der 60er Jahre war das Ziel dann erreicht: Die Bundeswehr hatte Atombomber (den "Starfighter", deutsche Version) und Kurzstreckenraketen ("Honest John", "Sergeant", "Pershing") verfügbar. Die Atombomben bzw. Atomsprengköpfe werden unter Verschluss der USA gelagert und können im Kriegsfall innerhalb kürzester Zeit an die BRD bzw. die anderen Verbündeten weitergegeben werden.

Der Widerstand, gegen den sich diese Politik hatte durchsetzen müssen, war aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen gekommen. (der ganze Abschnitt nach: Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 15) (Reihenfolge der Abschnitte war in der gedruckten Version geändert)

### **Der Göttinger Appell**

Die Protestwelle gegen die Atombewaffnung wurde zunächst von kleinen Wissenschaftlerkreisen ausgelöst. Im Juli 1955 wandten sich neun bekannte Atomwissenschaftler und Nobelpreisträger an die Weltöffentlichkeit, um vor den Gefahren eines Atomkrieges zu warnen. Albert Einstein, Frederic Joliot-Curie, Linus Pauling und Bertrand Russell gehörten zu den Erstunterzeichnern eines Appells gegen die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik. 1956 wurde auf Initiative des Mediziners Dr. Bodo Manstein der "Kampfbund gegen Atomschäden" gegründet, der in seinem Gründungsmanifest vor den unbegrenzten Gefahren der Atomenergie warnte. Der bedeutendste Anstoß für eine breite öffentliche Debatte war der Aufruf der "Göttinger Achtzehn", deutsche Professoren, die zu den renommiertesten Atomwissenschaftlern gehörten. Es unterzeichneten den Aufruf unter anderem Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker, Prof. Max Born, Nobelpreisträger 1954, Prof. Otto Hahn, Prof. Werner Heisenberg, Prof. Max von Laue, Nobelpreisträger 1914, Prof. Maier-Leibnitz. In dem als "Göttinger Erklärung" bekannt gewordenen Aufruf vom April 1957 verweisen sie auf die Wirkung der "kleinen" taktischen Atombomben, die derjenigen von Hiroshima gleiche. Sie erklären ihre Weigerung, sich an der Herstellung, Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen zu beteiligen. Diese Erklärung löste eine Reihe weiterer Erklärungen und Appelle aus, u.a. von Friedensnobelpreisträger und "Urwalddoktor" Albert Schweitzer und von dem Schweizer Theologen Karl Barth. (nach: Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 14, S. 18))

### **Die Atomdebatten im Bundestag**

Die SPD brachte im Mai 1957 einen Entschließungsantrag ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, "die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu unterlassen und die Zustimmung zur Lagerung von Atombomben... zu verweigern". Der Antrag wurde, wie nicht anders zu erwarten, mit der Mehrheit der Parteien der Regierungskoalition abgelehnt. Die Wahlen zum Bundestag im September 1957 gewann die CDU unter anderem mit dem Slogan "Keine Experimente - Konrad Adenauer." Die SPD sprach sich deutlich gegen die Pläne zur Atombewaffnung aus. Sie verlor aber die Wahlen, obwohl nach Umfragen

von 1958 83% der Bevölkerung gegen die Stationierung von Atomraketen waren. (Siepmann, S. 116) Vor allem wirtschaftliche Aspekte dürften für das Wahlverhalten entscheidend gewesen sein.

Im Januar und im März 1958 kam es zu zwei weiteren Debatten im Bundestag. Bei der ersten hatte die SPD sich die Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki bzw. des ehemaligen US-Botschafters in Moskau, G. F. Kennan, zu eigen gemacht, die atomwaffenfreie Zonen in Europa vorgeschlagen hatten. Die Regierungsmehrheit lehnte diese Pläne nicht mit sachlichen Gründen, sondern als "kommunistische Störmanöver" ab. Bei der zweiten Debatte ("Märzdebatte") wurde schließlich mit den Stimmen der Regierungsmehrheit die Zustimmung zur Atomrüstung beschlossen. In der verabschiedeten Erklärung war allerdings nur von der Notwendigkeit der "modernsten Bewaffnung" die Rede. (nach: Jäger/ Schmid-Vöhringer, S.14-15)

### **Die Kampagne "Kampf dem Atomtod"**

Mit Blick auf die Märzdebatte verfasste die SPD-Führung, zusammen mit namhaften Persönlichkeiten aus Kirchen und Gewerkschaften den Aufruf "Kampf dem Atomtod". Darin hieß es unter anderem: "Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen. Wir rufen das gesamte Deutsche Volk ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der Partei auf, sich einer lebensbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und statt dessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fördern...."

(nach: Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 20)

Der Aufruf wurde im März 1958 der Presse übergeben und bundesweit mit Hilfe eines Plakates verbreitet. Am Tag des Beginns der Bundestagsdebatte fand eine Kundgebung in Frankfurt statt. Sie war der Auftakt für eine ganze Reihe von Massenkundgebungen und Veranstaltungen in westdeutschen Großstädten mit mindestens 325.000 KundgebungsteilnehmerInnen im Zeitraum März bis Juni 1958.

(z.B. im April 1958 in Hamburg mit 150.000, im Juni 58 in München mit 70.000 TeilnehmerInnen) Die traditionellen Kundgebungen des DGB zum 1. Mai standen in diesem Jahr ganz unter dem Zeichen des Protestes gegen die Atomrüstung (Bremen z.B.: 80.000 TeilnehmerInnen)

Um die Kundgebungen und Veranstaltungen vorbereiten und durchführen zu können, wurden örtliche Ausschüsse "Kampf dem Atomtod" gebildet. Sie waren personell und organisatorisch von DGB und SPD abhängig, wiewohl auch andere Organisationen und unabhängige Persönlichkeiten vertreten waren. Prominente, Theologen, Wissenschaftler, Intellektuelle, Schriftsteller, wie z.B. Erich Kästner, aber auch PolitikerInnen, wie z.B. Hans Jürgen Wischnewski (SPD, MdB), Hildegard Brücher (FDP, MdL; später Hamm-Brücher), Helmut Schmidt (SPD, MdB, später Bundeskanzler) traten für die Kampagne ein.

Nicht nur Helmut Schmidt, sondern auch viele aktive GewerkschafterInnen forderten einen Generalstreik zur Verhinderung der Atomrüstung. Es kam zu einzelnen wilden Streiks, z.B. bei Henschel in Kassel und bei VW in Wolfsburg und Braunschweig. Bei einer folgenden außerordentlichen Sitzung des DGB-Bundesvorstandes wurde nach heftigen Auseinandersetzungen die Bewegung nur in allgemeiner Form unterstützt, ein Aufruf zum Generalstreik erfolgte nicht. (nach: Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 16-17)

### **Die Kampagne zur Volksbefragung**

DGB und SPD setzten wieder auf eine Volksbefragung. Die SPD brachte auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene Gesetzentwürfe ein, die eine Volksbefragung regeln sollten.

"Sind Sie damit einverstanden, dass deutsche Streitkräfte mit atomaren Sprengkörpern ausgerüstet werden?"

„Sind Sie damit einverstanden, dass in Deutschland Abschussvorrichtungen für atomare Sprengkörper angelegt werden?"

In den Bundesländern Bremen und Hamburg und in einigen Städten, in denen die SPD über Mehrheiten verfügte, so z.B. in Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, wurden Volksbefragungen beschlossen.

Die Bundesregierung erklärte - wieder einmal - die Volksbefragungen für verfassungswidrig und stellte einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht. Mit einer einstweiligen Anordnung wurden die Vorbereitungen zur Volksbefragung schon im Mai 1958 blockiert, im Juli erklärte das

Bundesverfassungsgericht endgültig die Gesetze über eine Volksbefragung für verfassungswidrig. Damit war die Kampagne beendet, schon ab Ende Mai 1958 unternahm die SPD nichts mehr, um die Arbeit in den Aktionsausschüssen "Kampf dem Atomtod" fortzusetzen.

Nach den Niederlagen im Bundestag und den Misserfolgen bei den Wahlen wollte eine "Reformgruppe" innerhalb der SPD "die Öffnung nach rechts", um langfristig mehrheitsfähig zu werden. Mit dem Godesberger Programm von 1959 war diese Veränderung abgeschlossen, die NATO-Mitgliedschaft, Westintegration und Atombewaffnung Westdeutschlands akzeptierte.

Da die Kampagne von den Organisationsstrukturen von DGB und SPD abhängig war, waren die anderen Unterstützergruppen der Kampagne, Organisationen und Einzelpersonen, zunächst handlungsunfähig. Nur einige wenige Arbeitsausschüsse funktionierten weiter, so z.B. das Münchener "Komitee gegen Atomrüstung", das sich bis 1963 an Protestaktionen beteiligte, und die von der verbotenen KPD mitgetragene „Aktionsgemeinschaft gegen atomare Aufrüstung“. (der ganze Abschnitt nach: Jäger/Schmid-Vöhringer, S.16-17)

### **Erfolge – Misserfolge**

Auch die Bewegung "Kampf dem Atomtod" konnte ihr unmittelbares Ziel nicht erreichen. Die Diffamierung als "Handlanger Moskaus" trug sicher erheblich zu diesem Scheitern bei. Sie ist auch der Hintergrund dafür, dass die treibenden und organisatorisch tragenden Kräfte, SPD und DGB, nicht mit letzter Konsequenz hinter der Massenbewegung standen. Tarif- bzw. Wahlkämpfe waren für sie wichtiger.

Doch die Bewegung "Kampf dem Atomtod" war die bis dahin größte Oppositionsbewegung in der Bundesrepublik. Nur wegen der organisatorischen Abhängigkeit von SPD und DGB konnte die Kampagne kurzfristig nach den Entscheidungen von DGB- und SPD-Führung beendet werden. "Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht", hieß es im Aufruf "Kampf dem Atomtod". Nach diesem Motto war für viele MitstreiterInnen in der Bewegung 1958 kein Ende des politischen Widerstandes, sondern Ausgangspunkt für die Suche nach neuen Formen und parteiunabhängigen Strukturen der friedenspolitischen Arbeit.

Aufklärung und Warnung vor den Gefahren des Atomkriegs, nicht nur aus Anlass des Hiroshima-Tages, wurde ein ständiges Anliegen der Friedensbewegung. Die Aufrüstung mit Atomwaffen war noch unpopulärer als die Remilitarisierung. Vor diesem Hintergrund mussten weitergehende atomare Ambitionen (s.o.) als nicht durchsetzbar betrachtet werden. Die später als atompazifistisch bezeichnete Stimmungslage der Bevölkerung wurde hier grundgelegt.

(Dokumente „Kampf dem Atomtod“ Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 20) (2021 ergänzt:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Kampf\\_dem\\_Atomtod](https://de.wikipedia.org/wiki/Kampf_dem_Atomtod) der Artikel möglicherweise auf Seite der Militaristen)

## **Die 60er Jahre: Die Welt am Rande des Atomkriegs**

Vom Ostermarsch der Atomwaffengegner zur Kampagne für Demokratie und Abrüstung

In der Kubakrise 1961 stand die Welt zum ersten Mal vor der realen Gefahr eines Atomkrieges. Sie gilt als der Wendepunkt von der Konfrontation zur Entspannung und zur Einleitung einer Phase der Rüstungskontrollpolitik. Der Rüstungswettlauf der Atombewaffnung lief in den folgenden drei Jahrzehnten parallel mit Rüstungskontrollverhandlungen.

Unter den herrschenden Eliten in Ost und West war umstritten, wie angesichts der Gefahren des Atomkrieges die eigene militärische Machtposition behauptet werden kann, ohne einen Vernichtungskrieg zu riskieren. In beiden Machtblöcken gab es Kräfte, die daran glaubten, einen Atomkrieg führen und überleben zu können. In beiden Machtblöcken gab es aber auch Vertreter der Meinung, durch militärische Stärke – „Abschreckung“ – könne Krieg verhindert werden. Darüber hinaus hofften die USA seit den 50er Jahren unabhängig von ihrer jeweiligen offiziellen Strategie, den Gegner "totrüsten" zu können.



In den Verhandlungen und in der Rüstungspolitik äußerten sich diese widersprüchlichen Positionen und die unterschiedlichen materiellen Interessen der Militärapparate und der Rüstungsindustrie. Die kritische Friedensforschung der 70er Jahre hat den Begriff der Rüstungsdynamik geprägt. Er hebt sich ab vom westlichen Selbstbild einer aufgezwungenen defensiven Atomrüstung. (Siehe z.B. Dieter Senghaas: Abschreckung und Frieden, Frankfurt 1969 bzw. 1981.)

In den 50er Jahren hatten viele noch große Hoffnungen auf die Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen gesetzt. Im Gegensatz zu diesen Hoffnungen zeigten alle Siegermächte des zweiten Weltkrieges sich bereit, in ihrem Einflussbereich militärische Mittel einzusetzen. Oder, wie China, angrenzende Gebiete zu annektieren. (gemeint Tibet)

Die zahlreichen oberirdischen Atomwaffentests führten zu einer weltweiten radioaktiven Verseuchung und zu weltweiten Protesten dagegen. Gleichzeitig begannen staatliche Bemühungen, Luftschutz für den Fall des Atomkrieges zu organisieren. In aller Öffentlichkeit wurde über die Gefahr eines versehentlich ausgelösten Atomkrieges debattiert.

Mit dem Baubeginn der Berliner Mauer war die deutsche Teilung und der Status Quo zementiert. Die Illusion der Wiedervereinigung durch Westintegration war geplatzt. Die Integration der Bundeswehr in die NATO (d.h. die Divisionen der Bundeswehr waren unter Kontrolle und Kommando der US-Militärführung) und die Stationierung von Atomwaffen wurde fortgesetzt. Deutschland wurde zum potentiellen Schauplatz eines Atomkrieges.

Die westlichen Besatzungsmächte hatten sich im Deutschlandvertrag von 1952 das Recht vorbehalten, im Falle von Krieg und Unruhen in die westdeutsche Innenpolitik einzugreifen, um ihre Streitkräfte und Interessen zu sichern. Diese alliierten Notstandsbefugnisse sollten erlöschen, sobald deutsche Notstandsgesetze verabschiedet werden würden. Daher beabsichtigten die Bundesregierungen seit 1960 eine Reihe von Änderungen bzw. Ergänzungen des Grundgesetzes. Im Kriegsfall sollten die Grundrechte außer Kraft gesetzt und die BürgerInnen zu Arbeitsdiensten verpflichtet werden können. Die Bundeswehr sollte im Falle eines bewaffneten Aufstandes auch im Innern eingesetzt werden können.

Im Mai 1968 wurde eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes durch die seit Ende 1966 regierende große Koalition von CDU/CSU und SPD mit zwei Drittel Mehrheit im Bundestag beschlossen.

Sowohl die Notstandsgesetze mit ihren Verordnungen für den Kriegsfall, als auch die Luft- und Zivilschutzvorkehrungen trugen erheblich dazu bei, dass die Bedrohung durch einen Atomkrieg immer mehr ins Bewußtsein rückte. Viele Menschen wollten diese Bedrohung nicht einfach hinnehmen, sondern protestierten gegen diese riskante Politik.

### **Die Ostermärsche der Atomwaffengegner**

Der erste Ostermarsch der Atomwaffengegner wurde 1958 in Großbritannien vom Atomwaffenstützpunkt Aldermaston nach London durchgeführt. Entsprechend den Grundideen der Gewaltfreiheit soll der Marsch ein Zeichen der Opferbereitschaft der beteiligten Personen sein, die dadurch die Ernsthaftigkeit des eigenen Anliegens verdeutlichen.

In Westdeutschland wurde diese Idee aufgegriffen. Als Reaktion auf die Politik der Remilitarisierung waren in den 50er Jahren neue Organisationen entstanden. So auch im September 1953 die "Gruppe der Wehrdienstverweigerer". Sie wurde im Mai 1958 zum Verband der Kriegsdienstverweigerer, kurz VK. Bereits bestehende Organisationen hatten Zulauf erhalten, z.B. die Internationale der Kriegsdienstgegner, kurz IdK. Ein "lockerer, informeller Kommunikationszusammenhang" zwischen den Zeitschriften dieser Gruppen, "Zivil" und "Friedensrundschau" und kritischen konfessionellen Zeitschriften, z.B. "Werkhefte katholischer Laien", "Stimme der Gemeinde", "Junge Kirche" und anderen, entstand. (Rupp, S. 36)

InitiatorInnen des ersten westdeutschen Ostermarsches 1960 zum Raketenstandort Bergen-Hohne waren Hans-Konrad Tempel und seine spätere Frau Helga Stolle. Beide waren seit 1952 Mitglied der Internationale der Kriegsdienstgegner, beide später Mitglieder der religiösen Gemeinschaft der Quäker und im "Aktionskreis für Gewaltlosigkeit" des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in Hamburg. Hans-Konrad Tempel war vom moralisch-religiösen Pazifismus und von den gewaltfreien Ostermärschen in Großbritannien inspiriert. (Interview mit Hans-Konrad Tempel in Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 37) Der Aufruf zum Ostermarsch wurde von vielen Prominenten unterstützt. Organisatorisch wurde er von verschiedenen norddeutschen Gruppen des VK, der IdK und der Deutschen Friedensgesellschaft getragen.

(zur Geschichte des Pazifismus, unsystematisch: <http://www.h-m-v-bildungswerk.de/index.php?ID=22> )  
(dieser und die folgenden Abschnitte nach Jäger/ Schmid-Vöhringer, S.24 – 30)

## **Ziele**

Die ersten Ostermärsche richteten sich allgemein gegen atomare Bewaffnung. Später wurden mehr und mehr konkrete friedenspolitische Forderungen aufgenommen. Ab 1965 wurde der Widerstand gegen die Notstandsgesetze und der Protest gegen den Vietnamkrieg in die Ostermärsche einbezogen. Der Wandel äußerte sich auch in der Namensänderung von "Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner" zu "Kampagne für Demokratie und Abrüstung".

## **Die Organisationsstrukturen**

Die Aufrufer zum Ostermarsch zogen die Konsequenz aus den Erfahrungen der 50er Jahre und bildeten Organisations- und Leitungsgremien, die von Parteien und Gewerkschaften unabhängig waren. Es gab einen zentralen Ausschuss, der Entscheidungen nur einstimmig fällte, regionale und örtliche Arbeitsausschüsse und Fachausschüsse. Dem zentralen Ausschuss gehörten an: Ein Sprecher (Konrad Tempel, später Andreas Buro), ein Geschäftsführer (zunächst Andreas Buro, dann Klaus Vack), je drei Vertreter der regionalen Ausschüsse, je ein Mitglied der "befreundeten Organisationen" sowie die Mitglieder des Kuratoriums. Die "befreundeten Organisationen" waren im Jahre 1962: Naturfreundejugend, Komitee gegen Atomrüstung (München), Kampfbund gegen Atomschäden, Kirchliche Bruderschaften, Internationale der Kriegsdienstgegner, Verband der Kriegsdienstverweigerer, Deutsche Friedensgesellschaft, Internationaler Versöhnungsbund, Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS), die Quäker und der Internationale Studentische Arbeitskreis der Kriegsdienstgegner. Organisationen, die der verbotenen KPD nahe standen, wurden nicht aufgenommen.

## **Verhältnis zu Parteien und Gewerkschaften**

Die SPD beschloss 1961 den Boykott der Ostermarschbewegung, trotzdem solidarisierten und beteiligten sich immer mehr Mitglieder der SPD. H. K. Tempel war selbst auch Mitglied der SPD. Die DGB-Führung untersagte 1961 sogar die Beteiligung, hob diesen Beschluss aber bald wieder auf. Später forderte die IG-Metall-Jugend zur Unterstützung der Ostermärsche auf, eine Reihe von Einzelgewerkschaften stellte die Beteiligung frei.

Nach dem Kurswechsel der SPD ("Godesberger Programm") gab es keine parlamentarische Opposition gegen die Sicherheitspolitik der Regierung. Ende 1960 wurde die Deutsche Friedens-Union (DFU) gegründet. Sie wollte ein Sammelbecken sein für Christen, Sozialisten, Liberale und Konservative, die die Atomwaffen ablehnen. Sie wollte gerne zum parlamentarischen Arm der Ostermarschierer werden. Die DFU fand aber keine größere Basis, nicht zuletzt, weil sie als kommunistische Tarnorganisation galt. Bei den Bundestagswahlen 1961 erhielt sie mit 1,9% der Stimmen ihr bestes Ergebnis. (Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 25)

Die Regierungsparteien und die konservative Presse versuchten nach herkömmlicher Art, die Ostermarschierer als getarnte Kommunisten, als kommunistisch gesteuert, als Idealisten, Schwärmer und Traumtänzer oder als "nützliche Idioten" des Ostens darzustellen.

## **Aktionsformen**

Die wichtigste Aktionsform waren die alljährlich stattfindenden Märsche. Während 1960 nur ein Marsch veranstaltet wurde, waren es 1961 vier, 1964 bereits zwanzig. Daneben wurden alljährlich Demonstrationen und Mahnwachen am 6. August, Gedenktag des Abwurfs der Bombe auf Hiroshima, und am 1. September, dem Antikriegstag und Gedenktag an den Beginn des zweiten Weltkriegs, durchgeführt. Unzählige andere Aktivitäten gehörten zu den Aktionsmethoden: Autokorsos oder Fahrrad-Kolonnen, Feldgottesdienste, Lientheater, Tag-und-Nacht-Wachen, aber natürlich auch die Herausgabe von

Zeitschriften, Broschüren, Plakaten und anderen Werbematerialien. Die Ostermärsche erwiesen sich als erfolgreich und entwickelten sich zu einer parteiunabhängigen außerparlamentarischen Massenbewegung. Während 1960 erst ca. 1000 Personen am Ostermarsch teilnahmen, mobilisierten die Ostermärsche von 1967 immerhin insgesamt 150 000 Menschen. (nach Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 26)

### **Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebung**

Die Opposition gegen die geplanten Gesetze bestand aus dem Gewerkschaftsbund und einigen Einzelgewerkschaften, aus Teilen der SPD, sowie aus der außerparlamentarischen Opposition. Letztere wiederum bestand aus der Ostermarsch- und aus der Studentenbewegung. (Wasmuht, S. 68 f)

Die Notstandsgesetze waren ein Hauptthema der Studentenbewegung der 60er Jahre und ab 1965 auch Hauptthema der Ostermärsche, nachdem die SPD ihren Widerstand allmählich aufgab. Nach einem Kongress im Herbst 1966 in Frankfurt mit dem Motto "Notstand der Demokratie" wurde ein bundesweites Kuratorium und in der Folgezeit ca. 200 örtliche Kuratorien "Notstand der Demokratie" gegründet, die Massenproteste organisierten.

Der Widerstand gegen die Notstandsgesetze und der Protest gegen den Vietnamkrieg war gemeinsames Thema der beiden Bewegungen. Die Ostermarschbewegung wurde durch die Studentenbewegung weiter politisiert. Demokratiedefizite und politisch-ökonomische Machtverhältnisse wurden thematisiert. 1967 schloss sich die "Kampagne für Abrüstung" der Forderung "entmachtet Springer" an. Anfang 1968 schlossen sich der SDS und die Kampagne für Abrüstung zur "Kampagne für Demokratie und Abrüstung" zusammen. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke wurden die meisten Ostermärsche 1968 zu Aktionen gegen den Springer-Verlag umfunktioniert. So z.B. die Blockaden des Druckhauses in der Barer- und der Schelling-Straße in München mit Krawallen und einem Todesopfer.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung rief zusammen mit dem "Kuratorium Notstand der Demokratie" zu einem Sternmarsch nach Bonn auf. Diese Großdemonstration mit 100.000 TeilnehmerInnen war Höhepunkt und gleichzeitig Schlusspunkt der gemeinsamen Aktivitäten. (Wasmuht S. 71, Jäger/ Schmid-Vöhringer, S. 29) Im Mai 1968 wurden die Notstandsgesetze verabschiedet.

### **Das Ende der Bewegung**

Die Verabschiedung der Notstandsgesetze machte weitere Proteste natürlich sinnlos. Das gemeinsame Ziel fehlte, die Bewegungen fielen auseinander. Die Kommunisten traten nach der (Neu-)Gründung der DKP als eigenständige politische Kraft (wieder) auf die Bühne, aber auch maoistisch orientierte kommunistische Gruppen bildeten sich. Die am realen Sozialismus orientierte DKP rechtfertigte die Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der CSSR im August 1968. Das führte zu unüberbrückbaren Differenzen mit den pazifistischen und sozialdemokratischen Strömungen in der Ostermarsch-Bewegung.

SDS und Teile der Studentenbewegung wollten eine gesellschaftskritische und sozialrevolutionäre Massenbewegung. Mit ihren revolutionären Zielen und (verbal)radikalen Aktionsformen entfernten sie sich von den anderen Kräften in der außerparlamentarischen Bewegung, noch viel mehr von der bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit. Beim Ostermarsch 1969 kam es zum offenen Bruch. Im folgenden Jahr traten entscheidende Persönlichkeiten aus dem zentralen Ausschuss der "Kampagne für Demokratie und Abrüstung" aus.

Hinzu kommt, dass ab 1969 eine Koalition aus SPD und FDP in Bonn regierte. Sie vollzog den Wandel von der Konfrontation zur Entspannung und die Anerkennung der Grenzen (der DDR und Polens) und vollzog eine Politik des friedlichen Wandels. Viele Ostermarschierer sahen ihre Ziele zunächst in dieser Regierungspolitik aufgehoben. (In München gab es noch 1972 eine "Aktion Ostern 1972 - Frühjahrskampagne für Abrüstung, Sicherheit und Internationale Solidarität")

### **Internationaler Protest gegen den Vietnamkrieg**

*Auf der Genfer Indochinakonferenz 1954 wurde Vietnam in den kommunistischen Norden und den prowestlichen, von den USA unterstützten Süden aufgeteilt. Anfang der 60er Jahre kam es im Süden zu*

*Aufständen gegen eine diktatorische Regierung. Diese Aufstände wurden von Nordvietnam unterstützt. Im August 1964 griffen nordvietnamesische Schnellboote im Golf von Tonking zwei amerikanische Kriegsschiffe an.*

(Anmerkung von 2021: Eine Lüge! wie der damalige US-Kriegsminister Robert MC Namara in dem biografischen Dokumentarfilm einräumte. [https://de.wikipedia.org/wiki/The\\_Fog\\_of\\_War](https://de.wikipedia.org/wiki/The_Fog_of_War) ; <https://de.wikipedia.org/wiki/Tonkin-Zwischenfall> )

*Die USA reagierten mit „Vergeltungsangriffen“ auf Nordvietnam. Eine militärische Intervention der USA zugunsten der südvietnamesischen Regierung schloss sich an. 1967 waren ca. 550.000 US-Soldaten in Südvietnam stationiert. Etwa 55.000 US-Soldaten wurden in Vietnam getötet. Der Krieg war für die USA nicht zu gewinnen, daher betrieben sie die "Vietnamisierung" des Krieges. Seit 1968 wurden Friedensverhandlungen mit der kommunistischen Regierung Nordvietnams und den Vietcong geführt, die 1973 in einen Waffenstillstand mündeten. Die USA zogen ihre Truppen ab und Südvietnam kapitulierte im April 1975. (dieser Abschnitt war nicht in der gedruckten Broschüre)*

Neben den Notstandsgesetzen war der Protest gegen den Krieg der USA gegen Vietnam das zentrale Thema der Protestbewegungen Ende der 60er Jahre.

Entscheidend war der Widerstand der Jugend, insbesondere der Wehrpflichtigen, in den USA selbst: Verweigerung, Desertion, Drogenmissbrauch etc. schwächten die Kampfkraft der USA.

(knapp 100 000 Deserteure aus der US-Armee 1971, so: Hans-Jürgen Benedict: Vom Protest zum Widerstand. Die Vietnamkriegs-Opposition in den USA und in der BRD, in Friedensanalysen No 4, Frankfurt 1977)

Die Propaganda eines "Kampfes der freien Welt gegen den Kommunismus" überzeugte viele nicht mehr angesichts der grausamen Realität des Krieges. Die Berichterstattung in den Massenmedien, insbesondere im Fernsehen, brachte die Grausamkeit des Krieges in die Wohnzimmer der Wohlstandsbürger.

Der Protest prägte die Jugendkultur, nicht nur in den USA: Die "Flower-Power-Love-and-Peace-Generation" einigte der Widerstand gegen den Krieg in Vietnam. Die populäre Musik dieser Zeit, die im ganzen freien Westen verbreitet war, war Ausdruck dieser Protesthaltung.

Die Spaltung der US-Gesellschaft in Befürworter und Gegner des Vietnamkriegs beeinflusst bis heute die US-Außenpolitik ("Vietnam-Trauma"). Man nimmt an, dass ein Krieg mit so vielen toten US-Soldaten der Öffentlichkeit nicht als notwendig vermittelt werden kann.

Der Vietnamkrieg trug dazu bei, das Image der USA zu verändern. Sie galten bis zum Vietnamkrieg allgemein als Befreier und Freunde. Nun wurden sie von vielen, vor allem von Jugendlichen, als "imperialistische", gewaltbereite Großmacht wahrgenommen. Anti-Vietnamkriegsbewegungen gab es in vielen westlichen Staaten, aber natürlich auch im Ostblock als Ausdruck der "internationalen Solidarität" mit dem kommunistischen Nordvietnam. Das bot den Anlass, die Kriegsgegner wieder als prokommunistisch zu diffamieren.

Der Protest gegen den Vietnamkrieg wurde sowohl von pazifistischen Gruppen aufgegriffen, als auch von der Studentenbewegung. Deren ideologische Führer lehnten zwar den imperialistischen Krieg ab, nicht jedoch den Krieg als solchen. Im Protest gegen den Vietnamkrieg waren insofern pazifistische, kommunistische und andere linke Gruppen vereint. "Die kontinuierlichste und einflussreichste Opposition gegen den Vietnamkrieg ging in der Zeit zwischen 1964 und 1968 von der Kampagne für Abrüstung aus." (Zitat HJ Benedict? Nicht überprüft)

Auch nach dem Zusammenbruch der Ostermarsch- und der Studentenbewegung 1968 setzten pazifistische Organisationen ihre Proteste gegen den Krieg in Vietnam fort. Sie organisierten auch praktische Hilfen für die vielen US-Soldaten, die sich aus der BRD über die Schweiz oder Schweden nach Kanada absetzen wollten. (z.B. die Internationale der Kriegsdienstgegner, IdK)

Der weltweite öffentliche Protest gegen den Krieg übte auf die Kriegsbeteiligten Druck aus, zu einer Verhandlungslösung zu kommen.

**Erfolge?**

Die Ostermarschbewegung war die erste massenhafte Protestbewegung in der BRD, die unabhängig von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen war. Sie war Ausdruck der Einsicht, dass sich Oppositionsbewegungen nicht von Parteien vereinnahmen lassen dürfen. Die Bewegung hat die sich selbst gesetzten Ziele zwar nicht erreicht. Sie war aber Forum für kollektive Lernprozesse hin zu der Einsicht, dass politische und wirtschaftliche Machtinteressen Abrüstung verhindern. Es wurde einsichtig, dass Abrüstung nicht durch bloße Appelle, sondern nur durch politischen Druck auf Regierungen und letztlich durch gesellschaftspolitische Veränderungen zu erreichen ist.

Die Ostermarschbewegung der 60er Jahre hat die öffentliche Stimmung gegen Atomwaffen aufrechterhalten und die Studentenbewegung und damit gesellschaftliche Reform- und Demokratisierungsbestrebungen gefördert. Die Aufbruchsstimmung Ende der 60er Jahre schuf den notwendigen politischen Rückhalt für sozial-liberale Reformpolitik und für die neue Ostpolitik der 70er Jahre.

*(bei Jäger / Schmid-Vöhringer spielt der Protest gegen den Vietnamkrieg keine Rolle, TR)*

## **Die 70er Jahre: Wettrüsten trotz Entspannungspolitik**

Die Verhandlungen zwischen der USA und der Sowjetunion über die Begrenzung der strategischen Atomwaffen (SALT) waren wesentlicher Bestandteil der Entspannungspolitik. 1972 wurde ein erstes Abkommen „SALT I“ geschlossen, von 1972 bis 1979 wurde über "SALT II" verhandelt. Während dieser Verhandlungen ging aber das Wettrüsten weiter.

Während das östliche Lager nach eigener Einschätzung schon immer eine Politik der friedlichen Koexistenz vertreten hatte, wurde in der NATO im Laufe der 60er Jahre das "zwei-Säulen-Konzept" entwickelt: Verteidigungsfähigkeit und Entspannungspolitik seien zwei Bestandteile der Sicherheitspolitik, die sich bedingen und ergänzen. (dargestellt in: Günter Walpuski: Verteidigung plus Entspannung gleich Sicherheit. Bonn-Bad Godesberg 1975) In der Praxis hatten die Rüstungsprojekte Priorität.

Am 1.8. 1975 ging die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu Ende. An ihr waren die Regierungs- bzw. Staatschefs aller europäischen Staaten (mit Ausnahme Albanien) sowie der USA und Kanadas beteiligt. In der "Schlussakte" der KSZE wurden Regeln für die Beziehungen zwischen den Staaten aufgestellt. Sie sollten dazu dienen, Konflikte zu begrenzen, das gegenseitige Vertrauen zu stärken und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Vorteil aller zu fördern.

Während die Sowjetunion seit den 50er Jahren eine europäische Sicherheitskonferenz gefordert hatte, setzten die USA mehr auf zweiseitige Rüstungskontrollverhandlungen. So kam es parallel zu den Vorverhandlungen der KSZE zu Verhandlungen über Truppenabbau in Mitteleuropa (Mutual Balanced Force Reductions, MBFR). Voraussetzung für den Erfolg der Konferenz war die Entschärfung der deutschen Frage durch die neue Ostpolitik der BRD.

*(zum Abschnitt 70er Jahre: Jäger/ Schmid-Vöhringer, S.39 ff)*

## **Die neue Ostpolitik**

Im März 1969 wurde Gustav Heinemann als Bundespräsident gewählt. Er galt vielen als Repräsentant des Widerstandes gegen die Aufrüstung. Nach der Bundestagswahl 1969 bildete sich eine sozial-liberale Regierungskoalition mit Willy Brandt als Bundeskanzler. Er betonte Rüstungsbeschränkung und Entspannung.

Ausdruck der neuen Ostpolitik waren der „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion“ (Moskauer Vertrag, 1970), der „Vertrag über die Beziehungen zur Volksrepublik Polen“ (Warschauer Vertrag, 1970) und der "Grundlagenvertrag" mit der DDR von 1972.

Damit hatte die BRD den Status Quo in Europa anerkannt. Sie gab damit den bis dahin erhobenen Anspruch auf die alleinige Vertretung Deutschlands auf, erkannte insbesondere die polnische Westgrenze und die Existenz der DDR an. In diesem Zusammenhang ist auch die Vier-Mächte-Vereinbarung über Berlin von 1971 zu sehen, in dem die Siegermächte ebenfalls den Status Quo, insbesondere die jeweiligen engeren Beziehungen Ostberlins zur DDR bzw. Westberlins zur BRD anerkannten.

## **Soziale Bewegungen der 70er Jahre**

In diesem weltpolitischen Klima schien die Sache des Friedens bei den Regierungen am besten aufgehoben. Daher gab es in dieser Phase keine die Massen mobilisierende "Friedensbewegung", aber vielfältige friedenspolitische Kleinarbeit.

Durch den Misstrauensantrag 1972 im Bundestag schien die sozial-liberale Regierung unter Willy Brandt und damit die neue Ostpolitik gefährdet. SPD und Gewerkschaften demonstrierten daraufhin massiv, auch in den Betrieben, für die Entspannungspolitik. Sie wurden dabei von den außerparlamentarischen Friedensgruppen unterstützt.

Nach den Erfahrungen in der 68er Bewegung traten einige Mitglieder der Protestbewegung "den Marsch durch die Institutionen" an. Sie arbeiteten in etablierten Parteien und Institutionen, andere engagierten sich in den neu entstandenen linken Parteien und Gruppen. *Im außerparlamentarischen Bereich wurden die DKP und ihr nahestehende Organisationen bald zur dominierenden linken Gruppierung. (der Satz fehlt in der Printversion, komisch)*

Parallel zu den Verhandlungen mit den kommunistischen Nachbarländern erlag die sozial-liberale Regierung dem immer noch starken antikommunistischen Druck: Aufgrund des "Radikalenerlasses" von 1972 wurden Berufsverbote für Kommunisten oder für solche, die dafür gehalten wurden, ausgesprochen.

## **Anfänge der Umweltbewegung**

Die Umweltverschmutzung durch jahrzehntelanges Wirtschaftswachstum rückte allmählich ins öffentliche Bewusstsein. In den 70er Jahren wurde die ersten Atomkraftwerke gebaut.

Der Widerstand dagegen zeigte sich zuerst öffentlich in der gewaltfreien Bauplatzbesetzung in Wyhl (Baden, Oberrhein). Schon 1976, also ein Jahr später, kam es zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und Polizei am Bauzaun des Atomkraftwerks Brokdorf.

Die Aufklärung über die Gefahren der Radioaktivität durch die Ostermarsch-Bewegung dürfte die Stimmung gegen Atomkraftwerke beeinflusst haben. *Gewaltfreie Methoden, z.B. die Besetzungen von Bauplätzen geplanter Atomanlagen in Wyhl und Gorleben, waren durch die Ideen Gandhis beeinflusst. Diese Ideen waren in der und durch die Friedensbewegung weitervermittelt worden. (fehlt in der printversion)*

In den 70er Jahren entstanden Bürgerinitiativen auch zu vielen anderen Umweltthemen. Diese Bürgerinitiativen schlossen sich später im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammen. In der Gesellschaft der BRD entstand eine Strömung für einen "alternativen" Lebensstil.

## **Die Institutionalisierung der Friedensforschung**

Auf Initiative von Bundespräsident Heinemann wurde im Oktober 1970 die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung gegründet. Sie war eine reine Forschungs-Förderungs-gesellschaft, die wissenschaftliche Projekte förderte. Nach der "Wende", der Abwahl der sozial-liberalen Bundesregierung, wurde die Gesellschaft 1983 wieder aufgelöst.

Anfang der 70er Jahre wurden auch andere Institute gegründet: Als Beispiele genannt werden sollen das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg und das Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg. Leiter des letzteren war Carl Friedrich von Weizsäcker. Er gab die Studie "Kriegsfolgen und Kriegsverhütung" (Carl Hanser Verlag, München 1971) heraus, in der die Folgen eines Atomkriegs untersucht wurden. Die Ergebnisse dieser Studie untermauerten die Behauptung der Ostermarschierer, dass Verteidigung mit Atomwaffen zur Selbstzerstörung führen würde. Darüber hinaus wurde in der Studie die These aufgestellt, dass das Wettrüsten langfristig den Krieg wahrscheinlicher macht.

Die Anfang der 70er Jahre entstehende Friedensforschung trug zur Qualifizierung der rüstungs- und militärkritischen Argumentation bei.

Zur Verbreiterung der Kritik an Rüstung und Militär entstand 1971 in der DFG-IdK in München die Zeitschrift "antimilitarismus information". Sie erscheint noch heute, inzwischen in Berlin. *(als Print bis 2003, dann eingestellt)* Mitte der 70er Jahre wurden friedenspädagogisch orientierte Vereine gegründet, die mit Hilfe von Ausstellungen, Broschüren, Tonbildserien und Unterrichtsmaterialien die Ergebnisse und

Erkenntnisse der Friedensforschung weiter verbreiten wollten. In München beispielsweise die noch heute aktive Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik ([www.agfp.de](http://www.agfp.de)) oder der Tübinger Verein für Friedenspädagogik.

( <https://sez.de/plattform/institut-f%C3%BCr-friedensp%C3%A4dagogik-t%C3%BCbingen-e-v> )

### **Kriegsdienstverweigerung**

Von 1970 bis 1976 verdoppelte sich die Zahl der Kriegsdienstverweigerer (KDVer) in der BRD. Aufgrund der vermuteten antikommunistischen Bedrohung wurde es allgemein als die Pflicht eines jeden Bürgers angesehen, für die bewaffnete Landes- und Selbstverteidigung bereit zu stehen. Das Grundgesetz von 1949 sah die Verweigerung des Kriegsdienstes aus Gewissensgründen vor. Im Laufe der 60er Jahre verweigerten aber nur einige Tausend Wehrpflichtige pro Jahrgang.

Die Studentenbewegung und der Krieg in Vietnam sowie seine Präsentation in den Medien dürften dazu beigetragen haben, dass die Zahl der Verweigerer ab Ende der 60er Jahre stark zunahm. Die Verweigerung war in dieser Zeit sowohl Ausdruck einer allgemeinen Protesthaltung, der Ablehnung "des Systems", als auch Folge von emotional-pazifistischen Haltungen. Nicht zuletzt wurde von VK und DFG-IdK massiv für die Verweigerung geworben. Damit sollte die politische Stimmung zugunsten militärischer Abrüstung beeinflusst werden.

Pfingsten 1970 fand ein Kongress "Jugend gegen Kriegsdienst" mit 1.000 TeilnehmerInnen statt, der die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für KDVer forderte. Durch dieses Prüfungsverfahren wurde faktisch das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ausgehebelt. Die staatliche Anerkennung als KDVer war von manchen Zufällen abhängig und nicht selten auch vom rhetorischen und schauspielerischen Geschick des Antragstellers. Wegen diesem Prüfungsverfahren kamen einige KDVer, die als Soldaten bei der Bundeswehr verweigerten, ins Gefängnis. Die Solidaritätsaktionen für abgelehnte KDVer (Demonstrationen, Unterschriftssammlungen und Mahnwachen etc.) und die Auseinandersetzung mit dem Prüfungsverfahren verschafften der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) den meisten Zulauf. Die DFG-VK entstand 1974 aus der Vereinigung von DFG-IdK mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK). Die Deutsche Friedensgesellschaft und die Internationale der Kriegsdienstgegner hatten bereits 1968 fusioniert.

Die DFG-VK verstand sich entsprechend ihrem Programm als politisch-pazifistische Organisation. Sie forderte neben der KDVer die friedliche Koexistenz, allgemeine und vollständige Abrüstung und politische Friedenssicherung. In ihr waren Kommunisten, Christen, Gewerkschaftler, Sozialdemokraten und (radikale) Pazifisten vertreten. Diese Zusammenarbeit bedeutete einerseits die Überwindung des (von Staats wegen geforderten) Antikommunismus, führte aber immer wieder zu heftigsten Auseinandersetzungen. Kontrovers diskutiert wurden beispielsweise die Verurteilung der sowjetischen Militärintervention in Afghanistan und die Forderung der Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht. Diese Anerkennung wurde von den sozialistischen Staaten jahrelang blockiert. Die DFG-VK bemühte sich darum, die politische Basis für die Forderung nach Beendigung des Wettrüstens zu verbreitern. So arbeitete die DFG-VK im KOFAZ (s.u.) mit und suchte auch die Zusammenarbeit mit der Ökologiebewegung. Im Jahre 1979 veranstaltete sie zusammen mit dem BBU einen Kongress „Ökologie und Frieden“, bei dem nochmals zur Zusammenarbeit der Bewegungen aufgerufen wurde. Als Folge davon wurde 1980 eine gemeinsame Demonstration für ein atomfreies Emsland - "Atomkraftwerke und Atomwaffen - gemeinsam abschaffen" – mit rund 10.000 TeilnehmerInnen. Diese Demonstration kann wohl schon der "neuen" Friedensbewegung zugerechnet werden.

### **Für Entspannung und Abrüstung**

Das "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KOFAZ) wurde 1974 gegründet. Ihm gehörten die DFG-VK, die DFU, VVN-BdA, die DKP und ihr nahestehende Organisationen an.

Zentrale Forderungen waren: Keine weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben, keine neuen Waffenprojekte, schrittweise Reduzierung der Rüstungshaushalte, konstruktive Beiträge zu den Abrüstungsverhandlungen, Eintreten für Entspannungspolitik.

Die aktive Basis war die Mitgliedschaft der Trägerorganisationen. Die örtlichen Komitees waren aber für die Mitarbeit von Einzelpersonen offen. So engagierte sich in München beispielsweise die Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung, BIFA.

Die Zielsetzung von KOFAZ war, unter dem Dach des Komitees die Zusammenarbeit aller Personen ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit zu ermöglichen und alle zu erreichen, die für die genannten Forderungen eintreten. Die Gründung des KOFAZ stand in Zusammenhang mit der Gründung von gleichgerichteten Komitees in anderen europäischen Staaten, die alle darauf zielten, den Prozess der politischen Entspannung in Europa durchzusetzen und durch Abrüstung zu ergänzen.

Unter dem Titel "Beendet das Wettrüsten" und mit dem Symbol der weißen Friedenstaube auf blauem Hintergrund trat das Komitee immer öfter und massiver in Erscheinung. Zur ersten zentralen Kundgebung in Bonn kamen 1976 46.000 TeilnehmerInnen, im Mai 1977 versammelten sich auf vier Kundgebungen 68.000 Menschen. (Bremen, Essen, Frankfurt, München; in München waren 15.000 TeilnehmerInnen) Am 21. Mai 1977 erreichte die "internationale Abrüstungsstafette von Helsinki nach Belgrad", die von der DFG-VK initiiert worden war, den Kundgebungsort in München. Diese Stafette, eine Reihe von Veranstaltungen und Kundgebungen an verschiedenen Orten, zog mit einem Kundgebungs-Fahrzeug eine Verbindungslinie zwischen dem Konferenzort der KSZE 1975 und dem Ort der ersten Nachfolgekonferenz 1977. Es wurde damit die Verbindung zwischen den Aktivitäten in der BRD und dem internationalen Entspannungsprozess hergestellt.

Unter dem Motto "Nein zur Neutronenbombe - Beendet das Wettrüsten" standen die Mai-Kundgebungen 1978 des KOFAZ in Bonn, Essen, München, Osterholz-Scharmbeck, Münster und Nürnberg. Dieser Aufruf wurde bereits von sehr vielen Gewerkschaftsgliederungen, unter anderem von der DGB-Bundesjugendkonferenz, unterstützt.

Das KOFAZ versuchte von Anfang an, prominente Künstler, Wissenschaftler und Schriftsteller, aber auch Persönlichkeiten aus Kirche und Gewerkschaften anzusprechen und einzubinden. Durch eine gezielte Bündnisarbeit in Richtung Kirchen und christlicher Gruppen, in Richtung Sozialdemokratie und Gewerkschaften verbreiterte sich die Einsicht, dass politischer Druck für die Beendigung des Wettrüstens und für die Durchsetzung der Abrüstung notwendig ist.

### **Kirchliche Friedensarbeit**

Vor allem in der evangelischen Kirche beschäftigten sich viele wieder mit dem Thema Frieden. Kleine Gruppen wie "Ohne Rüstung leben" und "Christen für die Abrüstung" entstanden und trugen die Diskussion über Wettrüsten und Kriegsgefahr in die Kirchen. Ältere Organisationen wie "Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" entwickelten rüstungs- und abschreckungskritische Positionen. Deutlicher Ausdruck dieser Entwicklung wurden die kirchlichen "Friedenswochen". Schon 1967 hatte sich in den Niederlanden der "Interkirchliche Friedensrat" gegründet. Dieses kleine Komitee von Vertretern der wichtigsten Kirchen rief in den 70er Jahren alljährlich zu "Friedenswochen" auf.

Aus diesen Friedenswochen entstand eine Kampagne gegen Atomwaffen - Vertreter der Abschreckungspolitik sprachen von der "holländischen Krankheit". In der BRD wurden ab Anfang der 70er Jahre Friedenswochen veranstaltet. Beispielsweise in Minden 1972 und 1973, in Berlin 1973, in Tübingen 1973 und 1974, in München 1975, später in vielen anderen Großstädten. Thematisiert wurden nicht nur Abschreckung und Atomkriegsgefahr, sondern auch immer wieder die Kriegsdienstverweigerung, Armut und Unterentwicklung, Gewalt in unserer Gesellschaft, Kriegsspielzeug und andere Aspekte von Frieden. In den Trägerkreisen der Friedenswochen arbeiteten kirchliche Gruppen mit Organisationen anderer weltanschaulicher und politischer Ausrichtung zusammen. Der Aufruf von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) zur ersten bundesweiten Friedenswoche 1980 war das Resultat eines langjährigen innerkirchlichen Diskussionsprozesses. Diese Friedenswoche stand unter dem Motto: "Frieden schaffen ohne Waffen!"

### **Was wurde erreicht?**

Mit der Anerkennung des Status Quo in Europa und mit dem Einsatz der aktiven Entspannungspolitik waren Forderungen der Ostermarschierer der 60er Jahre verwirklicht worden. In der vielfältigen Friedensarbeit der 70er Jahre entstanden Aktions- und Kommunikationszusammenhänge, aus denen



heraus dann eine größere Bewegung entstehen konnte. Insbesondere wurde durch die praktische Zusammenarbeit zwischen christlichen und linken Gruppen der Antikommunismus aufgebrochen. *(alle Quellenangaben zum Abschnitt 70er Jahre wurden digital eliminiert)*

## **1980: Ein neuer "kalter Krieg"**

Ende 1979 zeichnete sich ab, dass der Vertrag über die Begrenzung der strategischen Atomwaffen (SALT II) im amerikanischen Senat keine Mehrheit finden würde. Am 12.12.1979 beschloss die NATO die Aufstellung neuer Atomraketen. Diese Raketen unterliefen die Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstung. Sie konnten von Europa aus mit bis dahin nicht möglicher Präzision strategische Ziele in der Sowjetunion erreichen. Gleichzeitig wurden Verhandlungen über Mittelstreckenraketen beschlossen (NATO-Doppelbeschluss).

An Weihnachten 1979 griff die Sowjetunion militärisch in Afghanistan ein. Das internationale Klima verschlechterte sich rapide, ein Krieg zwischen den Supermächten schien wieder möglich. Einige westliche Staaten boykottieren die olympischen Spiele in Moskau 1980. Anfang 1980 wurde Ronald Reagan Präsident der USA. Er bezeichnete die Sowjetunion als "das Reich des Bösen", er unterbrach die Rüstungskontrollverhandlungen und forcierte die Aufrüstung. Er hielt einen auf Europa begrenzten Atomkrieg für denkbar. Der Sicherheitsberater des Präsidenten, Colin Gray, vertrat eine "Strategie der Überlegenheit" und der "Enthauptung" der Sowjetunion. Seit 1980 sprach man von einem "neuen kalten Krieg".

Die BRD trug den NATO-Doppelbeschluss mit, Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte ihn mit herbeigeredet. Kanzler Schmidt und Außenminister Genscher betonten natürlich die Komponente der Verhandlungen im "Doppelbeschluss" der NATO. Die unübersehbar werdende Friedensbewegung beeinflusste vor allem auch die Positionen innerhalb der SPD. Nach dem Koalitionswechsel der FDP Ende 1982 wurde Helmut Kohl Kanzler, man sprach von "der Wende" in Bonn. Der Bundestag beschloss die Zustimmung zur Stationierung der Raketen im Dezember 1983 ungeachtet der Massenproteste dagegen. "Die demonstrieren - wir regieren", so damals der Pressesprecher des Bundesinnenministeriums

Ab etwa 1985 kam es zu einem Wandel der Politik in der Sowjetunion unter der Führung von Generalsekretär Gorbatschow. Unter dem Motto "Neues Denken" warf die kommunistische Partei Dogmen über Bord. Die sowjetische Gesellschaft sollte umgebaut und demokratisiert werden. Für die sowjetische Außenpolitik bedeutete das die Zustimmung zu vertrauensbildenden Maßnahmen, zu unausgewogenen Abrüstungsschritten und vor allem die Zustimmung zur Kontrolle von Abrüstungsvereinbarungen im eigenen Land. Die Sowjetunion stimmte den westlichen Vorschlägen im Rahmen der Verhandlungen über Mittelstreckenraketen zu. Daraufhin konnten die Regierungen der NATO-Staaten angesichts des öffentlichen Drucks nicht mehr zurück und das "INF-Abkommen" wurde 1987 möglich: Die landgestützten Mittelstreckenraketen mit 500 bis 5.000 km Reichweite wurden in den Jahren darauf abgeschafft. *(Reihenfolge der Abschnitte in der Printversion geändert)*

Ab 1980 wurde die Friedensbewegung und der Widerstand gegen die Stationierung der Raketen zum Thema Nummer 1 in der BRD. Damit in Zusammenhang wurde die Gefahr eines Atomkrieges zu einem wichtigen Thema in den Medien. *(weggefallen)*

## **Der Krefelder Appell (verhindert die Nachrüstung)**

Auslöser für die Friedensbewegung der 80er Jahre war der sogenannte NATO-Doppelbeschluss. Am Tag vor der Beschlussfassung demonstrierten 70.000 Menschen aus ganz Europa in Brüssel gegen diesen Beschluss. Diese Demonstration wurde von den Medien noch ignoriert. Die bereits vorhandenen Organisationen, insbesondere die im KOFAB, begannen schon vor dem Doppelbeschluss mit einer Aufklärungs- und Informationskampagne. Ab 1980 wurde das Thema von den Medien aufgegriffen. Die Kritik an dem Beschluss wurde durch Publikationen von Experten und Journalisten unterstützt.

Das "Krefelder Forum" war eine Veranstaltung auf Initiative und Einladung der DFU in Krefeld im November 1980. Prominente Teilnehmer und spätere Repräsentanten der Krefelder Initiative waren unter anderem der Bundeswehrgeneral a.D. Gert Bastian, Petra Kelly (Grüne), Prof. Gerhard Kade (KOFAZ), Pastor Martin Niemöller (DFG-VK), Oberst a.D. Josef Weber (DFU). Dieses Forum verabschiedete den "Krefelder Appell", der lautete: "Ich schließe mich dem Appell an die Bundesregierung an, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen; in der NATO künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen." (Wasmuht, S.130) Unter diesen Appell wurden in den folgenden Jahren 5 Millionen Unterschriften gesammelt.

### **Aktivitäten der "neuen Friedensbewegung"**

Die erste Großdemonstration, mit der die "neue Friedensbewegung" in Erscheinung trat, fand parallel zum evangelischen Kirchentag im Juni 1981 in Hamburg statt. Diese Demonstration mit 80.000 TeilnehmerInnen kam für die Medien überraschend. Sie entstand nicht nur aus der aktuellen politischen Situation, sondern auch aus der innerkirchlichen evangelischen Friedensarbeit. So waren 1980 etwa 1.000 Friedenswochen veranstaltet worden und auf den vorhergehenden Kirchentagen Friedensthemen behandelt worden. Zu diesem Zeitpunkt gab es schon eine Million Unterschriften unter den Krefelder Appell.

Völlig unübersehbar wurde die Friedensbewegung und der Appell zur Verhinderung der neuen Raketen mit der ersten zentralen Großdemonstration in Bonn im Oktober 1981 mit 300.000 TeilnehmerInnen. Es war die bis dahin größte Demonstration in der Geschichte der BRD. Schon im Juni 1982, anlässlich des Besuches von Präsident Reagan in der BRD, wurde mit etwa 500.000 TeilnehmerInnen an der zentralen Kundgebung in den Bonner Rheinauen diese Zahl noch einmal übertroffen.

Am 22. Oktober 1983 wurde eine Menschenkette zwischen Stuttgart und Ulm gebildet, anschließend fanden "Volksversammlungen" in Ulm und Stuttgart und gleichzeitig Großkundgebungen in Bonn und Hamburg mit insgesamt über eine Million TeilnehmerInnen statt.

Auch nach der Stationierung der Pershing-Raketen fanden Großkundgebungen statt. So in Stuttgart und Hamburg im Oktober 1984, in Hasselbach im Oktober 1986, am Stationierungsort der Marschflugkörper, und schließlich im Juni 1987 in Bonn, kurz vor dem Abschluss der Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenraketen. Die letztgenannte Kundgebung mit 100.000 TeilnehmerInnen war die letzte große Aktion der 80er Jahr. Die Gremien und Zusammenschlüsse der Friedensbewegung arbeiteten zwar weiter, aber die Aufrufe und Aktionen erfuhren aber keine große Beteiligung mehr.

Ab 1982, vereinzelt schon ab 1981, wurde die Tradition der Ostermärsche wieder aufgegriffen. Bundesweit beteiligten sich mehrere Hunderttausend Menschen daran. (Reihenfolge in der Printversion geändert)

Neben einer unüberschaubaren Zahl von Informations-, Aufklärungs- und Kulturveranstaltungen vor Ort, z.B. innerhalb der Friedenswochen im November, gab es auch eine Reihe von überregional koordinierte Aktivitäten. Ein Beispiel ist die "Kampagne für Atomwaffenfreie Städte und Gemeinden", die nach Unterschriftensammlungen an den Wohnungen in Gemeinden, Städten und Straßenzügen symbolische atomwaffenfreie Zonen errichtete. Bei der Europawahl 1984 wurde eine Volksbefragung zur Stationierung der Raketen durchgeführt, mit der ca. 4 Millionen BürgerInnen erreicht wurden.

Neben diesen Aktivitäten, die alle strikt legal waren, gab es auch Versuche, durch gewaltfreie symbolische Blockaden und andere direkte Aktionen sowohl Konfrontation als auch Presseresonanz zu erreichen. An Ostern 1983 wurde in Neu-Ulm der Pershing-Standort für einige Stunden blockiert, auch in Bonn und an anderen "politischen" Orten fanden im Stationierungsjahr gewaltfreie Sitzdemonstrationen statt. Nach der Stationierung der Raketen wurden symbolische Blockaden über Jahre hinweg, bis zum Abbau der Raketen durchgeführt, z.B. in Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd.

(Volker Nick, Christoph Then, Volker Scheub: Mutlangen 1983 bis 1987: Die Stationierung der Pershing2 und die Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“. Mutlangen 1993)

Die juristische Auseinandersetzung wegen der Strafverfahren gegen die DemonstrantInnen beschäftigte über Jahre hinweg die Medien und die Öffentlichkeit. Anfang 1995 urteilte das Bundesverfassungsgericht,

dass die gewaltfreien Blockaden nicht als Gewalt betrachtet werden könnten. (antimilitarismus information 4/1995)

Ein anderer Versuch einer direkten Aktion waren die Manöverbehinderungen im Raum Fulda im Herbst 1984, diese Aktionen wurden hauptsächlich von der „unabhängigen“ (sich selbst so bezeichnenden, gemeint unabhängig von Parteien, auch von der DKP, auch unabhängig von einem Programm, Strukturen und Konzept) Friedensbewegung getragen. (Ergänzung: nicht genügend Unterstützung und auch nur symbolische Aktionen) Als Reaktion auf die Stationierung der Raketen wurde auch intensiver über alle Formen der Verweigerung aller Kriegsdienste, so auch über die Verweigerung der Dienstverpflichtungen im Kriegsfall, diskutiert und zum Teil in Aktionen umgesetzt.

### **Ziele der "neuen Friedensbewegung"**

Der Krefelder Appell repräsentierte das verbindende gemeinsame Ziel, den "Minimalkonsens" der neuen Friedensbewegung: Die Verhinderung der neuen Atomraketen.

Mittelbares Ziel war natürlich die Verhinderung eines Atomkrieges, der nach verbreiteter Einschätzung (in der Friedensbewegung) durch die Aufstellung der neuen Raketen wahrscheinlicher werden würde. (Satz weggefallen) Darüber hinaus wurden durch die verschiedenen politischen Strömungen der Friedensbewegung unterschiedliche sicherheitspolitische Konzepte vorgetragen. So beispielsweise die Neutralität für Deutschland durch einen Ausstieg aus der NATO. Dadurch sollte die Überwindung der Blockkonfrontation oder die einseitige Abrüstung der BRD verbunden mit einer Umstellung auf soziale (gewaltfreie) Verteidigung möglich sein. Ebenfalls diskutiert wurde die Auflösung der Militärbündnisse und deren Ersatz durch ein System der kollektiven Sicherheit in Europa sowie die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und die Umstellung der NATO bzw. der Bundeswehr auf "Defensivstrukturen".

Die Veranstaltungen und Publikationen der Friedensbewegung bildeten ein Forum für die Diskussion über eine andere, "alternative" Sicherheitspolitik. Als gemeinsame Zielsetzung dieser Konzeptionen kann wohl die Überwindung des Systems der atomaren Abschreckung und des Rüstungswettlaufs betrachtet werden.

### **Motivation der Friedensbewegten und die Wahrnehmung der Friedensbewegung in den Medien**

Ein wichtiges Motiv für viele Friedensbewegte Anfang der 80er Jahre war sicherlich die Angst vor einem Atomkrieg. Kommerzielle Verlage griffen die Themen Kriegsgefahr und Weltuntergang in "apokalyptische Literatur" auf. Das dürfte die Wahrnehmung der Friedensbewegung als "Angstbewegung" verstärkt haben. In vielen Beiträgen und Erklärungen äußerte sich eine grundsätzliche Ablehnung von Krieg und Gewalt. Teile der Friedensbewegung, insbesondere christliche Gruppen, große Teile der Grünen, Teile der "Unabhängigen" (die gewaltfreien Aktionsgruppen), Teile der DFG-VK und wahrscheinlich sehr viele der unorganisierten Friedensbewegten könnte man in diesem Sinne als pazifistisch bezeichnen.

Die DKP und die ihr nahestehenden Organisationen, Sozialdemokraten und Gewerkschaften waren natürlich nicht pazifistisch, sofern jede dieser Richtungen militärische Mittel (unter bestimmten Bedingungen) für legitim halten. Für die am Sozialismus orientierten Strömungen in der Friedensbewegung war der "Kampf" für Frieden und Abrüstung Voraussetzung und Teil einer Arbeit für gesellschaftliche Veränderung.

Viele "Friedensbewegte" waren also nicht nur von der Verhinderung der neuen Atomraketen, sondern von einer weitergehenden gesellschaftlichen und politischen Perspektive bewegt. Innerhalb der offenen Strukturen der Bewegung hatte jede/r die Möglichkeit, eigene Ansichten darzustellen. Das bot den Medien und den Regierungsparteien die Möglichkeit, nach Belieben einzelne Aspekte herauszugreifen. So konnte die Friedensbewegung einmal als Angstbewegung oder als naiv-pazifistisch, ein andermal als kommunistisch und ein drittes Mal als NATO- und Amerika-feindlich dargestellt werden.

### **Strukturen der "neuen" Friedensbewegung Die Friedensinitiativen**

Charakteristisch für die Friedensbewegung der 80er Jahre dürften die Tausende von Orts- und Stadtteil-Friedensinitiativen gewesen sein. Die Gründung dieser Initiativen erfolgte häufig zur Vorbereitung und Mobilisierung zur Teilnahme an der ersten Großdemonstration in Bonn 1981. Sehr häufig ging die Initiative zur Gründung dieser Friedensinitiativen von Mitgliedern einer bereits existierenden Organisation aus (DKP, DFU, DFG-VK, Grüne).

Die Stadtteil-Friedensinitiativen organisierten Öffentlichkeitsarbeit und Informationsveranstaltungen in ihrem Bereich. Sie waren vernetzt durch lokale und regionale bzw. landesweite Koordinationsgremien, in denen auch die (nicht allem sondern nur bestimmte?) Parteien und die anderen bundesweit organisierten Gruppierungen vertreten waren. *Sehr viel an praktischer Arbeit, insbesondere die Produktion und Verbreitung von Werbematerial, die Vorbereitung von lokalen Veranstaltungen usw. dürfte über die Büros und Funktionäre von DKP, DFU, DFG-VK und Grünen, in der späteren Phase auch über SPD und Gewerkschaften abgewickelt worden sein.* (in der Printversion weggefallen – ohne diesen Hinweis wird die Rolle der Organisationen vernachlässigt und die Friedensbewegung erscheint als „spontane“ soziale Bewegung – Anmerkung v. 2021)

Angestoßen durch die großen Aktionen bildeten sich auch berufliche und betriebliche Friedensinitiativen. Eine Übersicht von 1984 nennt 21 berufsbezogene Friedensinitiativen, z.B. die "Architekten für den Frieden", "Künstler für den Frieden", "Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn", "Richter und Staatsanwälte für den Frieden" usw. (Quelle?)

### **Die politischen Spektren der Friedensbewegung**

Als politische "Spektren" der Friedensbewegung werden neben dem bereits erwähnten KOFAZ die christlichen Gruppierungen genannt, die Grünen, die sozialdemokratischen, die "Unabhängigen" und sonstige Gruppen, darunter z.B. der BBU und liberale Gruppen. Bei den Unabhängigen waren sowohl gewaltfreie Aktionsgruppen wie auch "autonome" Gruppen aus der Umweltbewegung (Bundeskonzferenz unabhängiger Friedensgruppen) und die "Anstiftung der Frauen für den Frieden". Die "Unabhängigen" und die Grünen haben die bunten Farbtupfer zum Bild der Friedensbewegung geliefert. Zwischen den Unabhängigen und den verschiedenen Parteien (DKP, SPD, Grüne) bzw. parteinahen Gruppierungen gab es permanente Auseinandersetzungen um die zentralen Aufrufe und die Ausgestaltung der zentralen Aktionen. (Leif, S. 22)

### **Der Koordinationsausschuss der Friedensbewegung in Bonn**

Der Koordinationsausschuss (KA) entstand aus der sogenannten Bonner Frühstücksrunde. Das war ein Kreis von VertreterInnen der Organisationen, welche die Demonstration vom Oktober 1981 vorbereiten wollten. Zunächst diente das Gremium nur dem Informationsaustausch, der Vorbereitung von Aktionskonferenzen und der Großdemonstrationen. Etwa 25 VertreterInnen der Friedensorganisationen, die sich selbst für die wichtigsten hielten, erklärten sich als Koordinationsausschuss und wurden in dieser Funktion von der Aktionskonferenz im April 1983 bestätigt.

Der KA entwarf die Aufrufe, gestaltete die Aktionsplanung und die Pressearbeit bei den zentralen Großdemonstrationen der Friedensbewegung und bereitete die Aktionskonferenzen vor. Seine inhaltliche Aufgabe war es, Kompromisse zwischen den unterschiedlichen politischen Strömungen der Friedensbewegung zu finden, die Erhaltung des Minimalkonsenses (i.e. Verhinderung der Stationierung der neuen Atomraketen). Ohne den KA, und das bedeutet letztlich, ohne die hinter den Personen stehenden bundesweiten Organisationen, wären die zentralen Großveranstaltungen der Friedensbewegung nicht möglich gewesen.

### **Die Aktionskonferenzen der Friedensbewegung**

Diese Aktionskonferenzen fanden in unregelmäßigen Abständen mit 500 bis 1.500 TeilnehmerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet statt. Sie dienten der Verabschiedung der vom KA vorgelegten Aufrufe und Aktionspläne. Auch diese Konferenzen hatten keine demokratische Legitimation. Das KOFAZ-Spektrum konnte in der Regel ihre Mitglieder am besten zur Teilnahme an den Konferenzen mobilisieren und damit

die Abstimmungen entscheidend beeinflussten. (d.h. die DKP-nahen Leute waren in der Mehrheit, meine Vermutung, nach den Berichten die ich damals gehört habe, lässt sich aber nicht mehr überprüfen. Anmk. TR von 2021)

### **Erfolg oder Scheitern der Bewegung?**

Die Friedensbewegung der 80er Jahre war die größte Massenbewegung der BRD. Sie entstand unabhängig von und in der Anfangszeit gegen die Politik der SPD, die durch die Friedensbewegung umschwenkte. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung lehnte die Stationierung neuer Atomraketen ab. 74% der Bevölkerung meinten, es sollte weiterverhandelt werden und die USA sollten ihre neuen Raketen noch nicht stationieren. Auch eine Mehrheit der WählerInnen von CDU und FDP war dieser Meinung. (Leif, S.14 und SZ v. 21.10.1983)

Die Friedensbewegung gewann also deutlichen Einfluss auf die öffentliche Meinung, gegen die Propaganda der Regierung. Die Regierungsparteien konnten ihr Konzept von "Aufrüsten und Verhandeln" großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr vermitteln. Die neuen Raketen wurden zwar stationiert, aber durch die europäischen Friedensbewegungen wurde politischer Druck aufgebaut. So mussten die Regierungen der NATO-Staaten ernsthaft verhandeln und auf die unter Gorbatschow flexibler gewordene Verhandlungsführung der Sowjetunion reagieren.

Der Friedenswille in der westdeutschen Bevölkerung - durch die Großdemonstrationen der Friedensbewegung offensichtlich geworden, war ein positives Signal für die Reformkräfte im Osten. Insbesondere Gorbatschow wurde dadurch ermutigt, eine neue Politik zu wagen.

Die Friedensbewegung hatte beträchtliche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Diskussion insgesamt: In Bildungswerken, Schulen, Akademien, Volkshochschulen etc. wurde "Frieden" (im weiteren Sinne) salonfähig, als die Bewegung längst abgeflaut war.

Gegen die Friedensbewegung waren keine Atomwaffenprojekte mehr durchsetzbar - die Regierenden wollten keinen Raketenwahlkampf. Umfragen aus den 80er Jahren bestätigen eine zunehmende Ablehnung der atomaren Abschreckung und des Einsatzes von Atomwaffen. Dagegen eine zunehmende Bereitschaft für Abrüstung und Senkung der Rüstungsausgaben. Allerdings wird die Bundeswehr und die Zugehörigkeit zur NATO konstant positiv bewertet. (Thesen von Wolfgang Vogt – damals an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg? – Zum Akzeptanzverlust der Sicherheitspolitik, in: Jahrbuch Frieden 1990, S.113 ff)

Nach dem INF-Abkommen (Vereinbarung zw. USA und UdSSR über die Verschrottung der Mittelstreckenraketen in Europa mit Reichweiten von 500- 5000 km) bröckelte die "Bewegung" schnell ab. Für die Masse der Friedensbewegten schien das Thema erledigt. Mit der neuen Beweglichkeit der Sowjetunion unter Gorbatschow schien die Abrüstung wieder bei den Regierungen am besten aufgehoben. Die Organisationen und Spektren der Friedensbewegung konnten sich nicht auf weitergehende Strategien und gemeinsame Schwerpunkte einigen. Die Friedensbewegung "verstarb" von der Basis her, die "unabhängigen" lokalen und Stadtteilfriedensinitiativen lösten sich auf. Der Koordinationsausschuss der Friedensbewegung in Bonn wandelte sich zum "Netzwerk Friedenskooperative" und gibt den Rundbrief "Friedens-Forum" heraus. ( <https://www.friedenskooperative.de/> )

### **Die 90er Jahre: Militärmacht Deutschland**

Die Bedeutung Deutschlands als Mittelmacht und bedeutendste Wirtschaftsmacht in Europa leitet sich auch aus dem militärischen Potential ab, so die Auffassung der Regierung.

Unter dem Motto "zurück zur Normalität" soll Deutschland militärische Mittel entsprechend seiner Interessen einsetzen können. Zu diesen Interessen gehört auch die Aufrechterhaltung freier Handelswege und der Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen. Das ist nachzulesen in den offiziell nicht verabschiedeten verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992.

Die erreichte Verringerung der Rüstung in Mitteleuropa wird zwar als positive Entwicklung gewürdigt, es gibt aber seitens der Bundesregierung keinerlei Konzeptionen oder Initiativen für weitere Abrüstungsschritte.

Schon vor der "Wiedervereinigung" von DDR und BRD wurde eine schleichende Ausweitung des Einsatzbereiches der Bundeswehr entgegen den Bestimmungen des Grundgesetzes betrieben. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom Juli 1994 den Einsatz der Bundeswehr "out of area" ohne Grundgesetzänderung prinzipiell ermöglicht. Gleichzeitig wird betont, dass der Einsatz der Bundeswehr "out of area" nicht nur an die Zustimmung des Bundestages, sondern auch eng an die Charta der Vereinten Nationen gebunden ist. *(so hat man das 1995 noch gedacht und formuliert, aktueller und konkreter dazu: <http://www.h-m-v-bildungswerk.de/index.php?ID=21>)*

"Humanitäre Einsätze", die nach Umfragen positiv besetzt sind, sollen allmählich die Zustimmung zu weiteren Einsätzen der Bundeswehr bei einer keineswegs kriegsbegeisterten Bevölkerung herbeiführen. Die Diskussion über die gewachsene Verantwortung Deutschlands in der Weltpolitik ist von den militärischen Möglichkeiten dominiert. Dementsprechend werden die Weichen gestellt: Während die wenigen Millionen für Friedens- und Konfliktforschung gestrichen werden, sprudeln die Milliarden weiter für militärische Forschung, Entwicklung und Waffenbeschaffung. Ein nationaler Führungsstab der Bundeswehr wird eingerichtet, Transportkapazitäten und Aufklärungsmittel werden beschafft, und Bundeswehr-Interventionseinheiten ("Krisen-Reaktions-Kräfte") werden aufgestellt. Sie eröffnen in einigen Jahren die Option, die Bundeswehr unabhängig von den Verbündeten da einzusetzen, wo es die Bundesregierung für richtig hält.

### **Stimmungsbild in der Bevölkerung zu Wehrdienst und Bundeswehr**

Nach einer Untersuchung des sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr von 1993 würden nur 16% der Jugendlichen den Wehrdienst bei der Bundeswehr wählen, wenn es eine allgemeine Dienstpflcht mit Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Diensten gäbe. Diese Einstellung wird von den Verfassern der Studie als quasi unabwendbare Folge der Entwicklung der Gesellschaft der BRD, nicht "als Konsequenzen gezielter politischer Bemühungen oder Interventionen" betrachtet. (Bericht No 62 des sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, München 1993, S.6, S. 24, S. 63- 65)

Diese Wahrnehmung wirkt vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen Thematisierung der Kriegsdienstverweigerung in der Friedensbewegung nicht sonderlich überzeugend. Die Kriegsdienstverweigerung ist inzwischen zur gesellschaftlichen Normalität geworden, so die Autoren der Studie. In der Entscheidung der Jugendlichen für Wehrdienst oder Zivildienst manifestiert sich eine Haltung, die von Eltern und Verwandten, von ErzieherInnen und FreundInnen geteilt wird.

Nach einem im Auftrag des Verteidigungsministeriums erstellten Meinungsbild in der Bevölkerung zur Bundeswehr hielten 1990 bereits 49% die Bundeswehr für „nicht so wichtig“ bzw. „unwichtig“ bzw. „überflüssig“ und sogar 11% für „gefährlich“ und „schädlich“. (Informationen zur Sicherheitspolitik, Bonn 1991) Nach einer neueren Untersuchung wollen zwar nur 4% die Abschaffung der Bundeswehr, etwa 40% aber wollen eine Verkleinerung der Bundeswehr und eine Senkung der Rüstungsausgaben. (Arbeitspapier No 73 des sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, München, Jan. 1993) Charakteristisch ist die große Zahl von Uninformierten und Unentschiedenen - Frieden ist derzeit kein Thema in den Medien, andere Probleme wie Arbeitslosigkeit oder "Wiedervereinigung" - dominieren.

### **Themen der Friedensbewegung**

Die Friedensbewegung hat aufgrund ihres Charakters (keine feste Organisation, kein Programm) keine längerfristigen Strategien und keine dauerhaften selbständigen Organisationsstrukturen entwickelt. Es gibt keine gemeinsamen Utopien oder langfristige Orientierungen in der Friedensbewegung. *Nur von einem pazifistischen Standpunkt, der grundsätzlich jeden Krieg und jede Kriegsvorbereitung ablehnt, lassen sich friedenspolitische Perspektiven ableiten.* (dieser Satz in der Printversion entfallen)

Aus der Friedensbewegung der 80er Jahre heraus sind eine Reihe von alternativen Bildungseinrichtungen entstanden, die längerfristig orientiert arbeiten. Sie bieten z.B. Trainings in gewaltfreier Aktion, Seminare

zu Mediation, zu gewaltfreier Konfliktlösung und zu anderen Friedensthemen an. In Bayern tätig ist beispielsweise das Fränkische Bildungswerk für Friedensarbeit.

Nur die Kampagne zur Abschaffung der Bundeswehr - "B.o.A. - BRD ohne Armee" - formuliert zur Zeit eine radikale politische Perspektive. Die Kampagne organisiert Mai-Aktionstage, unternahm eine Unterschriftensammlung unter eine Petition an den Bundestag und herkömmliche Info-Aktionen. Hauptsächlich wird sie in Konferenzen und Seminaren diskutiert. Während z.B. der Bund für soziale Verteidigung, der Versöhnungsbund und andere pazifistische Gruppen die Abschaffung der Bundeswehr fordern, entwickeln derzeit nur einige Gruppen der DFG-VK nennenswerte Aktivitäten zum Thema „BRD ohne Armee“. (z.B. beim letzten und beim kommenden Evangelischen Kirchentag. 1995, Hamburg, 1997 wo?)

Die meisten Gruppen beschäftigen sich mit jeweils aktuellen Themen. So mit gewaltfreien Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, mit dem Atomwaffensperrvertrag, der heuer (1995) verlängert werden soll, mit einer Kampagne gegen den "Jäger 2000" (*später Eurofighter genannt*) oder mit der Rolle Deutschlands im Konflikt in Kurdistan. Längerfristig orientiert ist eine Kampagne zur Verhinderung von Rüstungsexport oder auch die Verbreitung der Konzeption für einen zivilen Friedensdienst, wie ihn der Bund für soziale Verteidigung vorschlägt. Nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts haben sich viele, besonders kirchliche Gruppen, der Asyl- und Ausländerpolitik zugewandt. *Aufgrund der aufenthaltsrechtlichen Behandlung der Deserteure aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien in der Bundesrepublik war es notwendig, die schizophrene Haltung des eigenen Staates aufzuzeigen: Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien wird offiziell verurteilt, andererseits werden Deserteure als Kanonenfutter wieder an die Front geschickt. (Satz in der Printversion entfallen)*

## **Friedensarbeit heute**

(Kräfte der Friedensbewegung)

Alle genannten Themen und Kampagnen erzielen heute keine große öffentliche Resonanz. Das liegt natürlich daran, dass andere Themen dominieren und die Friedensbewegung kein gemeinsames Konzept hat. Es liegt aber auch daran, dass der Friedensbewegung die in den siebziger Jahren vorhandenen Strukturen und Organisationen fehlen, um ihre Themen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Die freischwebenden örtlichen Friedensinitiativen lösten sich ab 1985 allmählich auf. Für die SPD war "Frieden" kein Thema mehr, die Grünen gingen in die Gremien, die Ökologiebewegung kehrte spätestens mit Wackersdorf und Tschernobyl 1986 zu ihrem ursprünglichen Thema zurück. Die DKP wurde durch das "Neue Denken" aufgeweicht und gespalten. Nach dem Ausbleiben der Finanzierung aus dem Osten (ab 1988 ca.) konnten DKP und DFU ihre Hauptamtlichen nicht mehr bezahlen. Die DFG-VK ging aus den Friedensaktivitäten der 80er Jahre geschwächt hervor. Die Masse der unorganisierten Friedensbewegten hat sich keinen Organisationen angeschlossen. Die Kriegsdienstverweigerung ist entpolitisiert, seit es eine quasi-Wahlfreiheit zwischen Bundeswehr- und Zivildienst gibt. (seit 1983)

Auch die SPD hat derzeit keine erkennbaren Perspektiven in der Abrüstungspolitik, die allgemeine und vollständige Abrüstung halten führende Vertreter für eine Utopie. Blauhelmeinsätze und Friedenssicherung unter dem Kommando der UNO würde sie nach Einzelfallprüfung unterstützen. Dabei sind in dieser Frage die Positionen in der Partei nach bester sozialdemokratischer Tradition nicht einheitlich.

Bei Bündnis90/Grüne möchte man von einer "Sozialdemokratisierung" sprechen: Sie schreiben zwar im Grundsatzprogramm von der "Entmachtung" der Staaten durch Abrüstung, von Entmilitarisierung und Abschaffung der Bundeswehr. Doch genau diese Forderungen fielen im "Superwahljahr" 1994 einem hypothetischen Koalitionskompromiss zum Opfer.

*Der frühere "Koordinationsausschuss" in Bonn wandelte sich zum "Netzwerk Friedenskooperative", der u.a. das "Friedensforum", das Kommunikationsorgan der Friedensbewegung, herausgibt. Darin zeigt sich auch das friedliche Nebeneinander von Initiativen und Kampagnen und der Mangel an strategischem Denken. Die Friedensbewegung ist deshalb derzeit nicht in der Lage, die Legitimationskrise der Bundeswehr und die Abrüstungsbereitschaft in der Bevölkerung aufzugreifen. (Satz in der Printversion entfallen)*

## **Quellen / Literaturangaben**

Wir werden nicht Ruhe geben. Die Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland 1945- 1982. Geschichte, Dokumente, Perspektiven. Uli Jäger, Michael Schmid-Vöhringer, Hg Verein für Friedenspädagogik Tübingen, 1982 (ISBN 3-922833-20-9)

Ulrich Albrecht: die Wiederaufrüstung der BRD, Köln 1980

Reinhard Aehnelt/ Winfried Schwamborn: Wege zum Frieden, Dortmund 1982

Eckhard Siepmann, Hg: Bikini. Die 50er Jahre, Kalter Krieg und Capri-Sonne. Berlin West 1981/82

Guido Grünewald: Nieder die Waffen. Bremen 1992

Thomas Leif: Die professionelle Bewegung. Friedensbewegung von Innen, Bonn 1985

H.K. Rupp: Friedensbewegung in den 50er Jahren, in: Friedensforum, September-Oktober 1994

Ulrike Wasmuht: Friedensbewegung der 80er Jahre. Gießen 1987

Carl Friedrich von Weizsäcker (Hg): Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971